

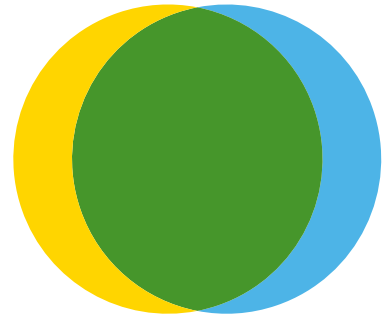


Eintragung ins Lobbyregister für das Geschäftsjahr 2021

Grüner Wirtschaftsdialog e.V.

Inhalt des Dokuments:

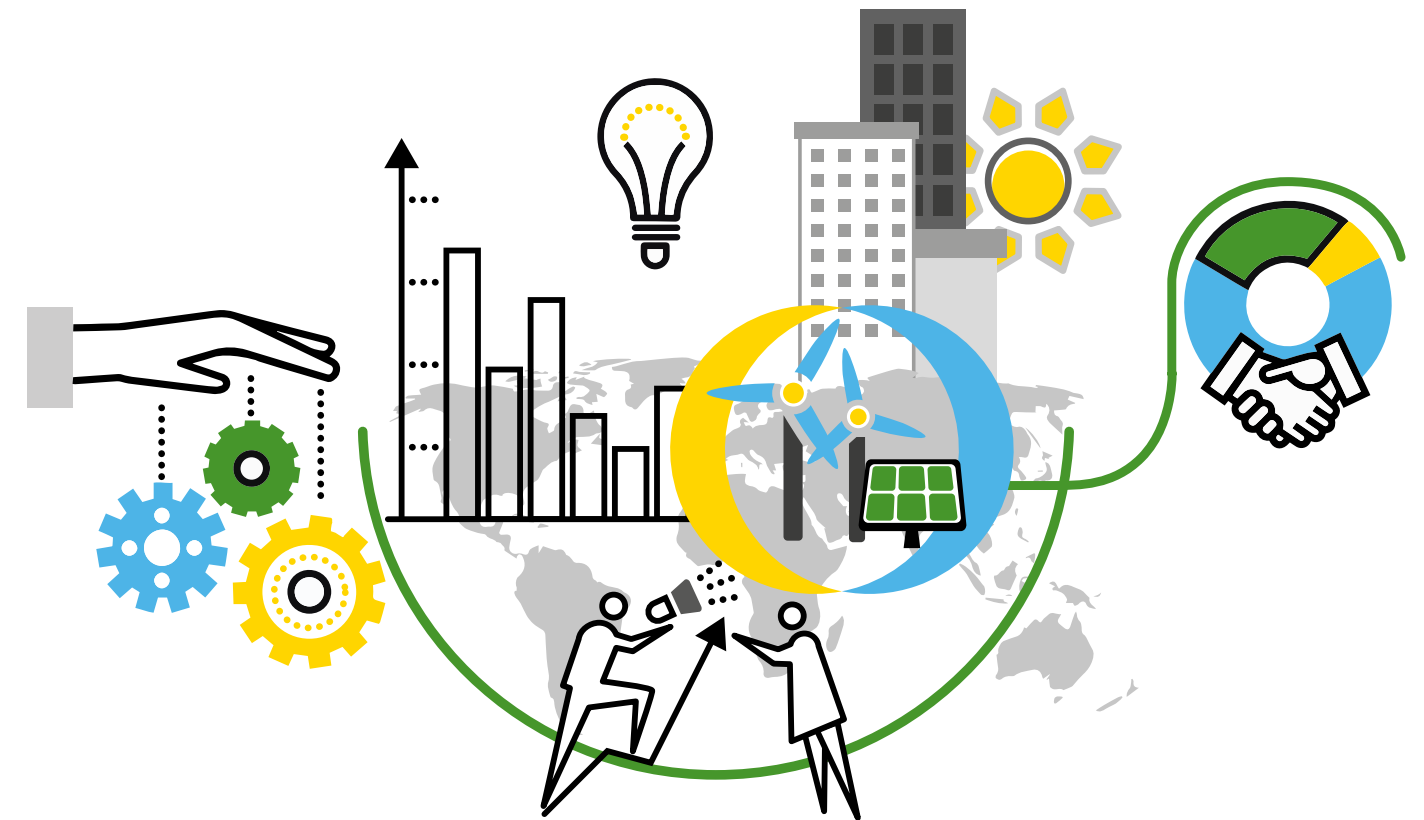
- Jahresbericht 2021 (Bericht über die Tätigkeiten des Vereins)
- Jahresabschluss 2021 mit Testat



Das Know-how der Wirtschaft.
Zum Nutzen der Gesellschaft.



gruener-wirtschaftsdialog.de



Das Know-how der Wirtschaft. Zum Nutzen der Gesellschaft.

JAHRESBERICHT
2021



Inhalt des Berichts

VORWORT	
von Dr. Thomas Gambke	4
GRÜßWORT	
aus der Wirtschaft	6
GRÜßWORT	
aus der Politik	7
UNSER AUFTRAG	8
VORSTAND	12
BEIRAT	14
MITGLIEDERENTWICKLUNG	16
VERANSTALTUNGEN	18

AKTUELLE SCHWERPUNKTTHEMEN	21
Bauen/Wohnen/Immobilienwirtschaft	22
Sustainable Finance	28
Landwirtschaft & Ernährung	36
Mobilität	42
Energie	50
Forschung & Innovation	56
Innovative Gesundheitswirtschaft	62
Modernes Regieren	68
Security & Defence	74
Neue Arbeit/Neue Qualifikation	78
Medien-, Kultur- & Kreativwirtschaft	84
Rohstoffe, Ressourcen & Kreislaufwirtschaft	88
ENTWICKLUNG	93
AUSBLICK	
von Gabriele C. Klug	100

NEUER ORT FÜR NEUE IDEEN



Zeitenwende

Vor dem Hintergrund der enormen Herausforderungen und angesichts der notwendigen Veränderungen für Gesellschaft und Unternehmen durch Klimaveränderung sowie der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen unserer Erde ist der GWD 2018 gegründet worden. Mit der COVID-19-Pandemie ist der Veränderungsdruck nochmals deutlich gestiegen – sei es bei der längst überfälligen Digitalisierung in Gesundheitswirtschaft, Verwaltung und Bildung oder bei den vielen Themen rund um die Energie- und Mobilitätswende, aber ebenso den Anforderungen an die Arbeitswelt. Auch unbequeme Themen wie eine Transformation von Ernährung und Landwirtschaft hat der GWD mit den Zielen sowohl der ökologischen Wende als auch der so wichtigen Sicherstellung der globalen Lebensmittelversorgung aufgegriffen. Viele unserer thematischen Schwerpunkte aus den letzten Jahren finden sich in den Plänen und Zielsetzungen der neuen Regierungskoalition wieder. Umso mehr sind wir mit dem Ziel der Umsetzung gefordert, den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik weiter zu organisieren.

Auch der Bereich Sicherheit und Verteidigung, den wir schon seit längerem bearbeiten, hat durch schreckliche und dramatische Weise eine unerwartete Bedeutungssteigerung erfahren. Mit einem Thesenpapier wurde Ende vergangenen Jahres ein Zwischenfazit zu mehreren Gesprächen zum Themenfeld gezogen – mit starker Betonung der Bedeutung europäischer Zusammenarbeit. Keiner der Teilnehmer:innen an den Gesprächen konnte dabei vorhersehen, wie sehr durch den Krieg in der Ukraine jetzt aktuell die unbedingte Notwendigkeit zu Gesprächen über dieses Themenfeld – die noch Anfang dieses Jahres durchaus kritische Bewertungen erfahren hatte – unterstreichen würde.

Zentrale Forderung in vielen Themenfeldern ist die Forderung nach Rahmenbedingungen, welche in einer Marktwirtschaft die Bedeutung von Wettbewerb und Innovation und weiter zunehmend auch von kürzerer zeitlicher Umsetzung berücksichtigen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dieses Ziel nicht bei allen Maßnahmen erreicht wurde – wie jüngst in einigen intensiven Gesprächen um das Thema Sustainable Finance und Taxonomie deutlich wurde. Umso motivierter werden wir im Grünen Wirtschaftsdialog die Gespräche fortsetzen, denn nur im Gespräch zwischen Wirtschaft und Politik können die Rahmenbedingungen so entwickelt werden, dass die Ziele der Transformation erreicht werden können.



DR. THOMAS GAMBKE

Vorsitzender des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.,
Unternehmer, ehemaliger MdB sowie Mittelstandsbeauftragter der
Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen (2009–2017)

Grüßwort aus der Wirtschaft

Es sind zwei Lebensbereiche, die Familienunternehmen prägen: Die Sphären der Familie und des Unternehmens. Sie machen den Erfolg dieses in Deutschland vorherrschenden Unternehmenstypus aus. Man darf es sich gerne immer wieder ins Bewusstsein rufen: Familienunternehmen stellen in Deutschland über 60 Prozent aller Arbeitsplätze. Sie übernehmen darüber hinaus nicht nur Verantwortung für ihr Unternehmen und die Beschäftigten, sondern durch soziales, kulturelles und caritatives Engagement auch für ihre Region.

Die neue Bundesregierung und die Europäische Kommission haben mit ihren Klimazielen einen ambitionierten Rahmen gesetzt. So gut wie jede Branche hat darauf mit eigenen Konzepten und Strategien für einen nachhaltigen Klimaschutz geantwortet. Die zahlreichen „Greentech Champions“, zu denen auch wir uns als führender nachhaltiger Produzent von Ziegeln, Lehm und keramischen Fassaden zählen dürfen, sind in allen Teilen Deutschlands unsere wichtigsten Pfunde im Kampf gegen den Klimawandel; sie sind meist die First Mover und übernehmen Pionier- und Vorbildfunktionen. Denn die Klimaziele werden wir nur mit einer Vielzahl verschiedener und sich ergänzender Aktivitäten und Technologien erreichen. Die Motivation zur ständigen Veränderung und das Know-how der Familienunternehmen sind dafür wesentliche Schlüssel zum Erfolg.

Allen sollte bewusst sein, dass der Weg in die Zukunft von Politik und Wirtschaft gemeinsam gegangen werden muss. Gerade vor diesem Hintergrund sind lösungsorientierte Dialoge auf Augenhöhe und mit gegenseitiger Wertschätzung wichtiger denn je. So ist Nachhaltigkeit für uns und auch für viele andere Familienunternehmen, die in Generationen denken, schon immer gelebte Praxis. Ich bin Mitglied im Grünen Wirtschaftsdialog, weil wir – gemeinsam – alte Denkmuster aufbrechen und neue Lösungen entstehen lassen können. Nachhaltigkeit und Wohlstand lassen sich in Einklang bringen – mit dieser festen Überzeugung freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit im Netzwerk.

THOMAS BADER

Geschäftsführer Leipfinger-Bader GmbH



© Florian Freund

DR. FRANZISKA BRANTNER

Mitglied des deutschen Bundestages, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Die neue Bundesregierung steht vor gewaltigen Aufgaben, auch und gerade in der Wirtschaftspolitik. Denn die Herausforderungen durch die Klimakrise, die Folgen der globalen Pandemie und der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine, der die bewährte Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Europa erschüttert, berühren alle Politikbereiche.

Die große Transformation unserer Wirtschafts- und Produktionsweise ist dem Pariser Klima-Abkommen verpflichtet, der Stärkung der europäischen Einigung und mehr denn je der europäischen strategischen Souveränität, vor allem mit Blick auf mehr Resilienz bei Energie- und Rohstoffimporten. Wirtschaftspolitische Fragen sind daher heute nicht nur Fragen der Fortentwicklung des europäischen Binnenmarkts, sondern auch Fragen der europäischen Sicherheit. Diese Fragen werden in den nächsten Jahren im Zentrum unserer Regierungsarbeit stehen – bei der Infrastruktur und bei Schlüsseltechnologien, allem voran in der Digitalisierung, der Energieerzeugung,

Grüßwort aus der Politik

nachhaltiger Produktion und auch einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik. Nicht zuletzt steht neben ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen auch die Bewahrung unseres freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsmodells im Fokus unseres politischen Handelns.

All das bestärkt uns, die Entwicklung hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft entschlossen weiter voranzutreiben. Mit dem Grünen Wirtschaftsdialog, in dem sich so viele Unternehmen engagieren, die den Weg der Transformation mitgehen und mitgestalten wollen, existiert eine wichtige und zuverlässige Plattform, um im offenen, vertrauensvollen Dialog Ansätze und Lösungsvorschläge zu den anstehenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen zu diskutieren. Dieser Austausch der Perspektiven steht im Zentrum, wenn wir weiterhin Wohlstand und Sicherheit in Deutschland, Europa und in einer Welt sichern wollen, die auch für unsere Kinder und Enkel lebenswert ist.



INFORMIEREN



DEBATTIEREN



KONZIPIEREN

Gemeinsam die Transformation gestalten

BRÜCKENBAUER ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND POLITIK

Als parteiunabhängiger Zusammenschluss von Unternehmen und Personen setzen wir uns für eine bessere Verständigung und offene Kommunikation zwischen der Wirtschaft und der Politik im Allgemeinen sowie Entscheidungsträger:innen von Bündnis 90/Die Grünen im Besonderen ein. Unternehmerische Entscheidungen unterliegen anderen Perspektiven und Zeithorizonten als politische. Als Brückenbauer zwischen

Wirtschaft und Politik wollen wir Verständnis für politische und unternehmerische Beweggründe sowie Rahmenbedingungen für die sozial-ökologische Transformation schaffen. Unser übergeordnetes Ziel ist und bleibt es, Maßnahmen für den Weg in eine umfassend nachhaltige Wirtschaftsweise konstruktiv-kritisch zu diskutieren, gemeinsam zu erarbeiten und Impulse für ihre Umsetzung zu geben.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

Unter einer umfassend nachhaltigen Wirtschaft verstehen wir ein System, das nicht nur die endlichen Ressourcen unseres Planeten und die Notwendigkeit zur Erreichung der Klimaziele des Parisabkommens im Blick hat, sondern auch Verantwortung für die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen seiner Aktivitäten übernimmt. Im Mittelpunkt stehen für uns neben den ökologischen Gesichtspunkten daher auch die

Befähigung und die freie Entfaltung der Menschen, Chancengleichheit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt. Die soziale Marktwirtschaft muss deshalb zu einer zukunftsfähigen, ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Wir erkennen darin ein Versprechen auf eine bessere Zukunft Aller – das treibt uns an.



Mit konkreten Projekten erarbeiten wir gemeinsam umsetzbare Maßnahmen

GEZIELTE PROJEKTE FÜR KONKRETE MAßNAHMEN

Die Zukunft der Wirtschaft und vor allem der Produktion und ihrer Produkte, muss nachhaltig, klimaschonend, ressourcen- und energieeffizient sein. Dazu wollen wir die Chancen von neuen Technologien, insbesondere der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz nutzen. Die ökologisch-soziale Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eng

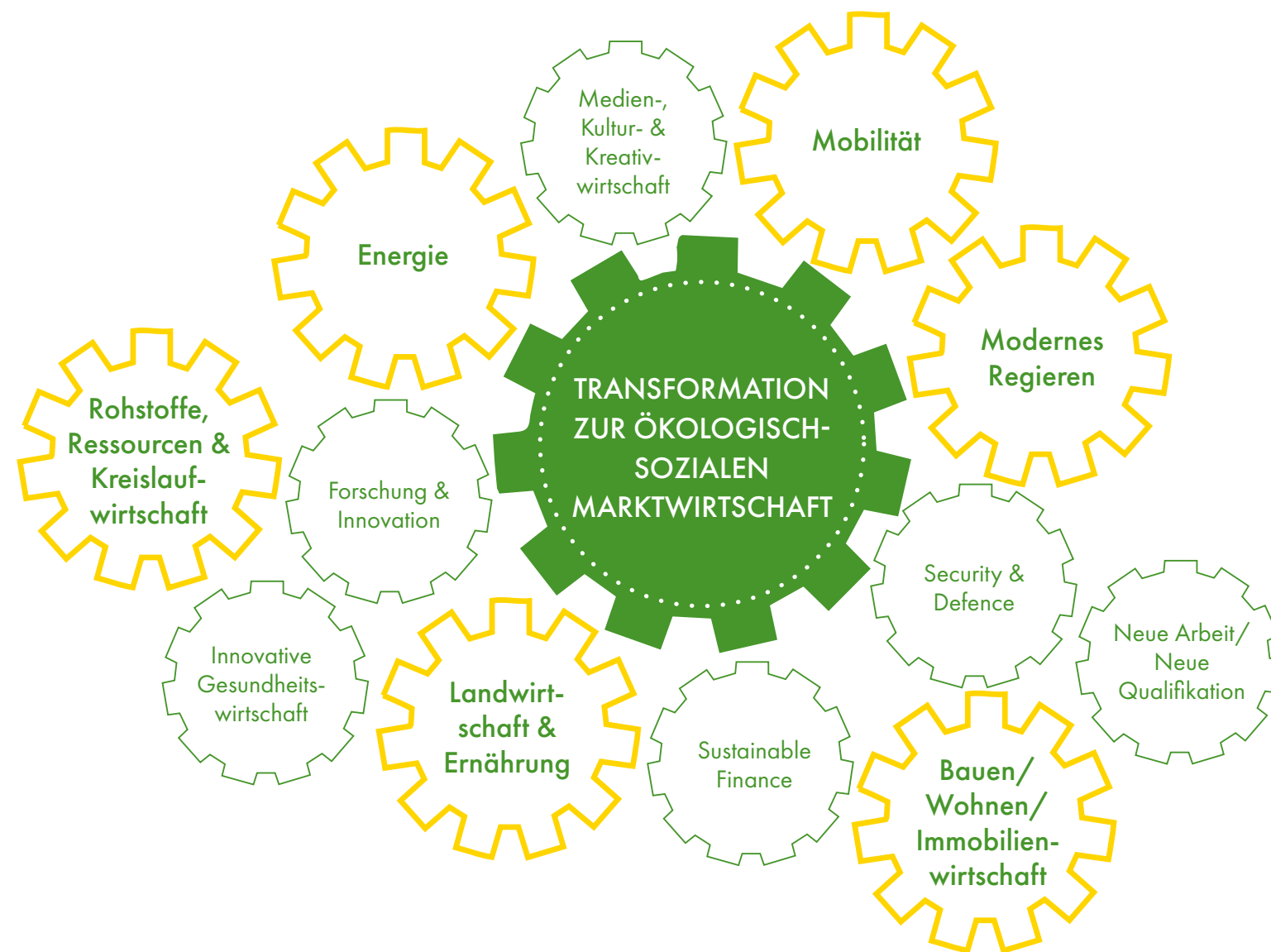
zusammenarbeiten müssen. Als Grüner Wirtschaftsdialog sind wir eine Plattform für den dazu notwendigen Austausch und unterstützen so diesen Prozess. Hierfür haben wir strategische Schwerpunkte definiert, die wir weiterhin in unseren Dialogformaten bearbeiten, um somit zum Erfolg der Transformation beizutragen.

UNSERE DIALOGFORMATE

Im Grünen Wirtschaftsdialog arbeiten wir projektbezogen an konkreten Lösungen für komplexe Herausforderungen im Kontext der sozial-ökologischen Transformation. Definierte Sach- und Zeitziele sowie ein strukturiertes Nachverfolgungsmanagement prägen unsere Methodik. Zur Sondierung von Schwerpunktthemen wird zu Strategiegesprächen eingeladen, detaillierte Lösungswege werden in spezifischen Fachforen erarbeitet. Regionale Wirtschaftsforen und Gespräche dienen dazu, den Dialog zwischen Politik und Unternehmen

auch vor Ort zu entwickeln und zu verstetigen. In Ad-hoc-Foren greifen wir aktuelle Themen kurzfristig auf, um diese zu vertiefen oder um die öffentliche Kommunikation vorzubereiten. Darüber hinaus haben wir mit dem LunchTimeTalk sowie dem GreenTeaTimeTalk erfolgreiche Formate zur Diskussion relevanter wirtschaftspolitischer Fragen in einem informellen Rahmen geschaffen.

Arbeitsfelder 2022



VORSTAND



DR. THOMAS GAMBKE

Vorsitzender des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V. |
Unternehmer und MdB a.D.



GABRIELE C. KLUG

2. Vorsitzende und Geschäftsführerin des
Grünen Wirtschaftsdialogs e.V. | Rechtsanwältin |
Stadtkämmerin a.D. der Stadt Köln



**BERND
GEILEN**

Vorm. Stellv.
Vorstandsvorsitzender
der ING-DiBa AG



**ANNETTE
HERING**

Unternehmensleitung
HERING GmbH &
Co. KG Verwaltungsgesellschaft



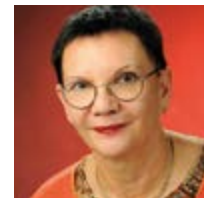
**HEIDI
SCHILLER**

Vorm. Geschäftsführende
Gesellschafterin der Kaito Projekt
GmbH



**ROLAND
SCHÜREN**

Inhaber „Ihr Bäcker
Schüren“ |
Geschäftsführer
Ladepark Kreuz Hilde



**BARBARA
HOFFMANN**

Gesellschafterin und
Geschäftsführerin 3D
GmbH Steuerbera-
tungsgesellschaft



**AMIR
ROUGHANI**

Gründer und CEO
VISPIRON Gruppe

ENTWICKLUNG GOVERNANCE



Der Vorstand des GWD hat sich 2021 personell neu aufgestellt: Dr. Ophelia Nick, GWD-Vorstandsmitglied der ersten Stunde, ist nun Mitglied des Bundestages und wird als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft in den kommenden vier Jahren die Regierungsarbeit mitgestalten. Als neue Vorständin durften wir daher Annette Hering, Unternehmensleiterin der HERING GmbH & Co. KG Verwaltungsgesellschaft, begrüßen.

Neben den Vorstandsmitgliedern gilt unser besonderer Dank auch Sebastian Frevel, Geschäftsführender Gesellschafter der von Beust & Coll. Beratungsgesellschaft, und Michael

Merkel, Auto-Entrepreneur, die in ihrer Rolle als Koordinatoren die Arbeit des Vorstands unterstützen und unter anderem die Entwicklung der Regionalgruppen maßgeblich mitgestalten (siehe S. 20).

Als dritte Säule der neuen Governance Struktur wurde am 18. Juni 2021 der **GWD-Beirat** konstituiert.

GWD-BEIRAT



Mit dem neu geschaffenen Beirat aus erfahrenen und namhaften Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Stiftungen bekommen wir weitere Impulse und neue Perspektiven auf die Themen und Fragen, mit denen sich der GWD und seine Mitglieder beschäftigen.

Die Ziele des GWD, Lösungswege und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu diskutieren und zu vermitteln, den Dialog zwischen Wirtschaft und grüner Politik zu stärken und die Transformation hin zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter voranzutreiben, werden dadurch noch einmal maßgeblich befördert.



**JÖRG
ASMUSSEN**

Hauptgeschäftsführer
GDV



**PROF. DR. LARS
FELD**

Leiter Walter Eucken
Institut Universität
Freiburg



**RALF
FÜCKS**

Geschäftsführ.
Direktor Zentrum
Liberaler Moderne



**DR. MARGARETE
HAASE**

Mitglied des Auf-
sichtsrats Fraport AG
/ ElingKlinger AG



**SONJA
JOST**

Gründerin und CEO
von DexLeChem



**SYLVIA
LÖHRMANN**

stellv. MP & M'in für
Schule und Weiterbil-
dung NRW a.D.



**DR. FELIX
MATTHES**

Forschungskordinator
Energie- und Klima-
politik Öko-Institut



**DR. STORMY-A.
MILDNER**

Direktorin
Aspen Institute



**DR. MARC-OLIVER
PAHL**

Generalsekretär Rat
für Nachhaltige
Entwicklung (RNE)



**JOCHEN
PARTSCH**

Oberbürgermeister
der Stadt Darmstadt



**FLORIAN
RENTSCH**

Vorstand Verband der
Sparda-Banken e.V.



**DR. DIETER
SALOMON**

Hauptgeschäftsführer
IHK Südlicher
Oberrhein



**MONIKA
SCHULZ-STRELOW**

Präsidentin FidAR e.V.



**MICHAEL
VASSILIADIS**

Vorsitzender IG BCE



**MARGARETA
WOLF**

Geschäftsführerin
Kontext Mitte, StS
a.D. BMWi, BMU

MITGLIEDERENTWICKLUNG 2021

Stand Dezember 2021:
75 Fördermitglieder + 57 Ordentliche Mitglieder

FÖRDERMITGLIEDER



2018

2019

2020

ORDENTLICHE MITGLIEDER

28 Gründungsmitglieder

+ 6

+ 11

2021

+ 12

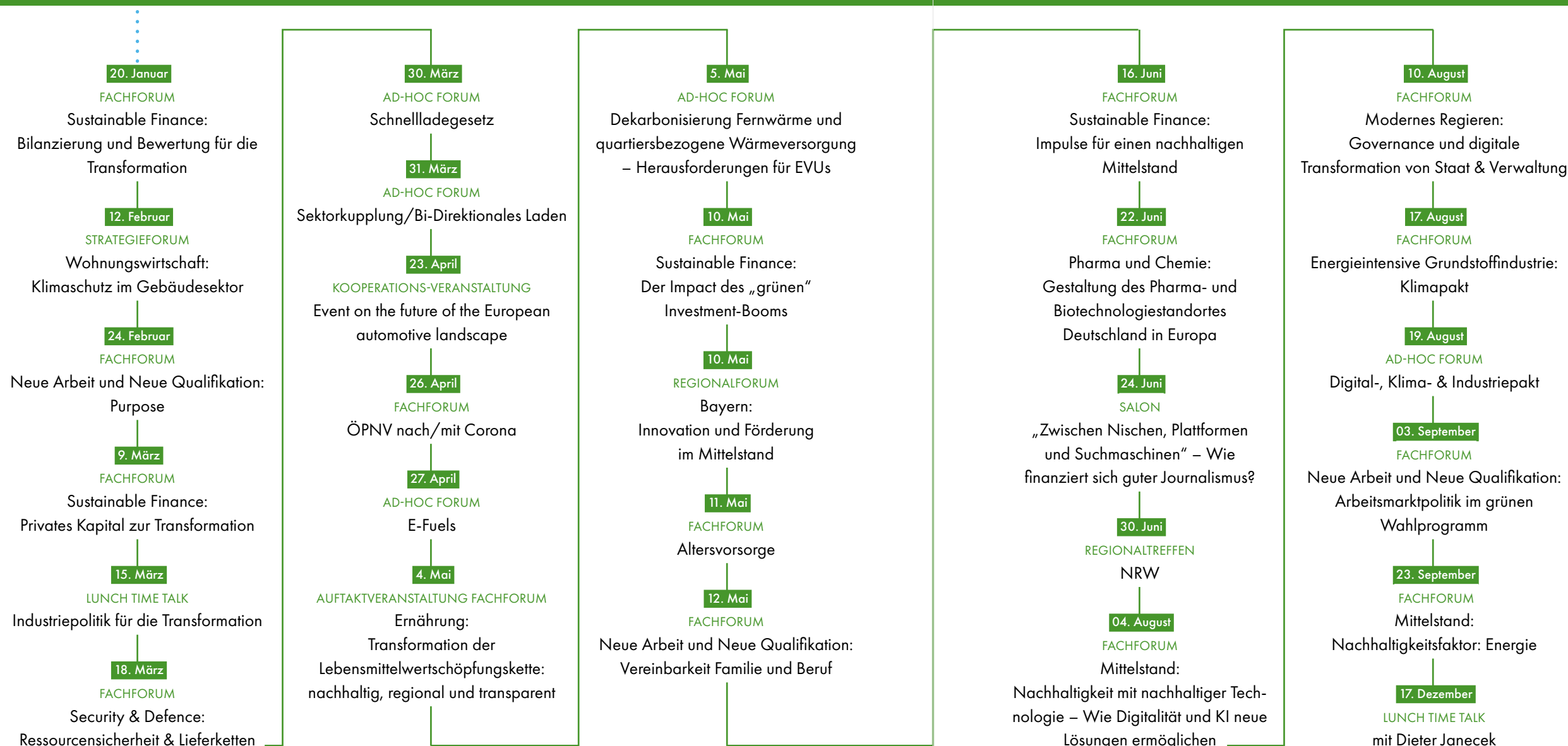
= 57

= 75



VERANSTALTUNGEN 2021

In unseren Formaten haben wir fachliche und strategische Fragen erörtert und in die politische Debatte eingebracht.



NEUES FORMAT: LUNCH TIME TALK

Mit dem GWD-LunchTimeTalk haben wir ein neues digitales Dialogformat etabliert, exklusiv für Mitglieder und geladene Gäste, mit dem wir aktuelle und dringende Themen der Wirtschaftspolitik kurzfristig in unsere Agenda aufnehmen können. Zu den Panelgästen gehören namhafte Persönlichkeiten aus der Wissenschaft und Politik, die wichtige Impulse für den Diskurs setzen.

GWD-REGIONALGRUPPEN

Eines der strategischen Ziele des GWD für das kommende Jahr ist der Ausbau der regionalen Aktivitäten, die den Dialog zwischen Wirtschaft und Landespolitik fördern sollen. 2021 fanden bereits regionale Treffen in Bayern, Thüringen und NRW statt. Für die kommenden Monate sind regionale Gruppen für Rheinland Pfalz/Hessen/Saarland und Hamburg/Niedersachsen bereits in Planung. Michael Merkel verantwortet die Koordination der regionalen Gruppen.



● Treffen 2021

● Treffen für 2022 geplant



AKTUELLE SCHWERPUNKTTHEMEN

BAUEN/WOHNEN/ IMMOBILIENWIRTSCHAFT

1

Klimaneutralität – Erreichung eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands durch hinreichende Anreizwirkung über die CO₂-Bepreisung im Rahmen eines europäischen Emissionshandels sowie ein passender Instrumenten-Mix, der es den Unternehmen der Immobilienwirtschaft ermöglicht, wirtschaftliche Modernisierungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

2

Finanzierung – Vermietende und Mietende müssen gleichermaßen beim Klimaschutz mitgenommen werden. Aufgabe der Politik ist es, eine Überforderung aller Beteiligten zu verhindern. Daher Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Maßnahmen sowie eine sozialverträgliche Finanzierung.

3

Dekarbonisierung der Fernwärme – Der Schlüssel zur Dekarbonisierung des Wärmesektors bei parallelem Ausbau der quartiersbezogenen Nahwärmeversorgung ist multifaktoriell: Alle lokal zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen genutzt, innovative Ansätze erprobt werden.

Mit ca. 18% des Wohnraums sind die Wohnungsunternehmen zentrale Akteurinnen bei der gesellschaftlichen Transformation, bei der Bekämpfung des Klimawandels, der Minderung des CO₂-Ausstoßes, der sozialen Durchmischung unserer Gesellschaft wie auch der Lebensqualität und (Wohn-)Gesundheit der Menschen.

Dabei sind Aspekte wie dezentrale Energieversorgung und Speichermöglichkeiten, Fern- und Nahwärme, CO₂-arme, nachwachsende und wiederverwertbare Baustoffe, die urbane Verdichtung oder die Rolle von Wasserstoff zentrale Punkte. Rahmen- und Marktbedingungen wie auch Finanzierungskonzepte, die durch Kommunen, Bund oder die EU gesetzt werden, spielen eine wesentliche Rolle, damit die Unternehmen diese Aufgabe auch wirtschaftlich erfüllen können.

Das Strategieforum Wohnungswirtschaft des GWD hat seit Sommer 2020 konkrete Handlungsempfehlungen für den Klimaschutz im Gebäudesektor erarbeitet und ist damit auf große Resonanz bei Wirtschaft und Politik gestoßen. Diese wurden im Februar 2021 veröffentlicht und umfassen vier Zielbereiche:

- Klimaneutralität
- Quartiersansatz
- Finanzierung
- Akzeptanz und Bezahlbarkeit



Aus diesem Strategieforum, in das neben Unternehmen wie Vonovia, die LEG Immobilien AG oder der Bauverein AG Darmstadt auch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH eingebunden waren, ist zudem eine weiterführende Studie unter dem Titel „Klimaschutz im Gebäudesektor – Neue Wege für die Wohnungswirtschaft“ hervorgegangen. Beide Papiere sind auf der Homepage des GWD abrufbar.

Die Diskussion wird fortgesetzt. Die nächsten Foren, schwerpunktmäßig zum Umstieg auf die quartiersbezogene Nahwärme und zu alternativen Baustoffen – den nachwachsenden wie dem Baustoffrecycling – sind bereits in Vorbereitung.

AD-HOC FORUM: DEKARBONISIERUNG FERNWÄRME UND

QUARTIERSBEZOGENE WÄRMEVERSORGUNG – HERAUSFORDERUNGEN FÜR EVU

Um die zentrale Herausforderung der klimaneutralen Transformation des Wärmesektors aufzugreifen, hat sich der Grüne Wirtschaftsdialog im Rahmen eines Ad-hoc Forums dem Spannungsfeld Dekarbonisierung der Fernwärme bei parallelem Ausbau der quartiersbezogenen Nahwärmeversorgung gewidmet.

Im konstruktiven Rundgespräch wurde mit Politik, Wohnungswirtschaft und Energieversorgungsunternehmen skizziert, welche Hürden der Transformation im Weg stehen und welcher Rahmenbedingungen es bedarf, um die Wärmeversorgung

dauerhaft jenseits von fossilen Energieträgern zu gewährleisten. Neben der Lenkungswirkung eines höheren CO₂-Preises wurden unter anderem die Wichtigkeit der sozialpolitischen Begleitung, hoher Sanierungsraten und der Akzeptanzschaffung für die Transformation vor Ort betont. Der Schlüssel zur Dekarbonisierung des Wärmesektors ist multifaktoriell: Alle lokal zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen genutzt, innovative Ansätze erprobt werden.

Des Weiteren wurde klar benannt, dass die Balance zwischen Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit gefunden werden muss. Mit dem von der grünen Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Drittelmodell können die Kosten für energetische Modernisierungen abgedeckt, sozialverträglich gestaltet und für Vermieter:innen angemessen wirtschaftlich werden. Besonderes Augenmerk galt dem Spannungsverhältnis zwischen Wohnungswirtschaft und Energieversorgungsunternehmen in der Frage, wer die Infrastruktur für die Wärmeversorgung bereitstellen und welche ordnungspolitischen Regelungen dazu erforderlich sind. Etwa 80–90% des deutschen Wohnungsmarktes bestehen allerdings aus Kleinsteigentümern, kleinen

Haus- und Immobilienverwaltungen, Baugruppen und genossenschaftlich organisiertem Wohnungsbestand. In diesem Segment des Wohnungsmarktes werden skalierbare und einfach umzusetzende Lösungen gebraucht, um die Wärmeversorgung erfolgreich zu dekarbonisieren.

Energieversorgungsunternehmen als Dienstleister können hier eine effiziente, einfach zu handhabende und effektive Lösung darstellen. Insbesondere auf kommunaler Ebene sind auch die Schaffung quartiersbezogener Bündnisse und Kooperationen zwischen Wohnungswirtschaft und Energieversorgungsunternehmen zentral.

AUSBLICK: FACHFORUM NACHHALTIGES BAUEN

Das deutsche Baugewerbe ist für vier Millionen Tonnen CO₂ jährlich verantwortlich und die Recyclingquote von Bauabfällen liegt lediglich bei einem Drittel. Der GWD wird sich den vielfältigen Problemen, die das Thema Nachhaltigkeit im Bausektor birgt, im kommenden Jahr annehmen. Im Rahmen eines aus mehreren Workshops bestehenden Strategieforums sollen unterschiedliche Facetten des Themas beleuchtet werden. Somit bietet das Forum unterschiedlichen Akteur:innen die Gelegenheit, zu erörtern, wie Anstrengungen optimiert werden können, um einen Beitrag zur Ressourcenschonung und Dekarbonisierung des Bausektors durch kreislaufwirtschaftliche Ansätze zu leisten. Die Ergebnisse der Veranstaltungsreihe sollen in einem Maßnahmenkatalog zusammengetragen werden, der im Sinne des „Aktionsplans Kreislaufwirtschaft“ des European Green Deals Impulse in Richtung Politik und Wirtschaft setzt.

Den Auftakt wird ein Workshop zum zirkulären Baustoffhandel und der Wiederverwendung von Gebäudekomponenten machen, wobei es insbesondere darum gehen wird, herauszuarbeiten, welchen politischen und gesetzlichen Rahmen es braucht, um Stoffkreisläufe effektiver zu schließen und Downcycling zu vermeiden. Es folgt ein Workshop zur Frage der energetischen Sanierung, bei dem Pilotprojekte zur Verbesserung des ökologischen Fußabdruckes im Vordergrund stehen werden. Die darauffolgenden drei Workshops werden sich mit alternativen Baustoffen und -weisen, mit Bodenschutz und Biodiversitätserhalt sowie mit neuen Wohn-, Arbeits- und Raumnutzungskonzepten befassen.

BAUEN WOHNEN IMMOBILIENWIRTSCHAFT

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„ Mit einem Anteil von über 40 Prozent an den energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland ist der Wärmemarkt entscheidend zur Erreichung der Klimaziele. Hohe CO₂-Emissionen des Gebäudebestands in Verknüpfung mit dauerhaft niedrigen Gebäudesanierungsraten machen deutlich, dass die zweite Halbzeit der Energiewende im Wärmesektor entschieden wird. Mehr denn je sind nachhaltige und innovative Wärme-lösungen gefragt und gefordert. Die Akteur:innen, Energieversorger und Wohnungswirtschaft, werden passgenaue Lösungen vor Ort entwickeln, für die politische Unterstützung und Förderung erforderlich sind. Dabei liegt der Schlüssel zur Dekarbonisierung in der Nutzung regionaler Gegebenheiten und in der Technologie-offenheit. Beispielsweise sparen wir in Dortmund durch die Nutzung industrieller Abwärme zur Fernwärmeerzeugung 45.000 t CO₂ pro Jahr. Als einer der ersten Energieversorger haben wir bei der Bepreisung unserer Wärmeprodukte Nachhaltigkeit einen Wert gegeben. Unsere Kund:innen bestimmen frei über die Wahl des CO₂-Gehalts ihrer Wärmelieferung und damit ihren individuellen Beitrag zur Energiewende.

Um den Rest, u. a. technologische Erfüllungsoptionen, kümmert sich DEW21.

Heike Heim, Vorsitzende der Geschäftsführung der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)



„ Es freut mich, dass wir als Vonovia mit den Grünen partnerschaftlich zusammenarbeiten können, um das Megathema Klimawandel konstruktiv anzugehen. Als Unternehmen hat sich die Vonovia zu einem verbindlichen Klimapfad verpflichtet, damit unser Gebäudebestand bis 2045 klimaneutral wird. Wir wollen durch Mieterstrom, innovative Strom- und Wärmekonzepte, serielles Sanieren, den Aufbau von Ladeinfrastruktur und eine neue Sanierungstiefe diese Herausforderung meistern. Bei all diesen Anstrengungen dürfen wir die soziale Dimension des Wohnens nicht aus dem Auge verlieren und müssen dabei immer die Menschen mitnehmen.

Rolf Buch, Vorstandsvorsitzender Vonovia SE

„ Die Energiewende muss auch im Wärmebereich ankommen. Nur wenn wir den Wärmebedarf in unseren Gebäuden senken und erneuerbare Wärme vermehrt nutzen, machen wir uns unabhängig von Energieimporten und klimaschädlichen Brennstoffen. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur dann, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben.

Oliver Krischer, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz,
Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen



SUSTAINABLE FINANCE

1

Die **Kohärenz von Standards** beispielsweise bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung oder bei der Fortentwicklung von Rechnungslegungsstandards ist zentral. Nur so kann eine Vergleichbarkeit der Daten hergestellt werden. Dabei müssen für den Mittelstand vereinfachte und praktikable Lösungen gefunden werden.

2

Neben der **öffentlichen Förderung und der Kreditfinanzierung** durch Banken spielt die **Bereitstellung von Finanzmarkt- und Wagniskapital** für die Transformation des deutschen Mittelstands eine entscheidende Rolle. Hierin liegt die große Chance von Sustainable Finance für den deutschen Mittelstand – dafür braucht es einen verbesserten politischen Rahmen und Zugang.

3

Im Koalitionsvertrag kündigt die Regierung eine **Sustainable-Finance-Strategie mit internationaler Reichweite** an. Im ersten Schritt muss diese Ankündigung der neuen Bundesregierung schnellstmöglich mit Leben gefüllt werden. Dafür braucht es eine Strategie mit eindeutigen Zieldefinitionen und verbindlichen Zeitrahmen.

Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation und die Rolle des Finanzsektors beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, der Ziele des Pariser Klimaabkommens und des Europäischen Green Deals nehmen und nehmen nicht nur im Grünen Wirtschaftsdialog eine zentrale

Rolle ein. Im Jahr 2021 verabschiedete der Sustainable-Finance-Beirat einen Abschlussbericht mit 31 Handlungsempfehlungen für ein nachhaltiges Finanzsystem. Das Thema fand unter dem Kapitel „Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen“ Einzug in den Koalitionsvertrag.

Sustainable Finance

Nachdem das Fachforum „Sustainable Finance“ des Grünen Wirtschaftsdialogs im Jahr 2020 seine Auftaktveranstaltung hatte, konzentrierten sich die Veranstaltungen in der ersten Jahreshälfte 2021 auf Bilanzierung, Mobilisierung von privatem Kapital und datenbasierte Transparenz. In der zweiten Jahreshälfte rückte das Thema nachhaltiger Mittelstand in den Fokus, woraus ein eigenes Fachforum entstand.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG FÜR DIE TRANSFORMATION

Im Mittelpunkt der Veranstaltung im Januar stand die Rolle und Schärfung von Bilanzierungsgrundsätzen und Bewertungen in Unternehmen, Banken und dem öffentlichen Sektor vor dem Hintergrund der Transformationsprozesse. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass eine fortentwickelte Rechnungslegung einen zentralen Baustein in einer Sustainable-Finance-Strategie einnehmen sollte. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass die neue Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag zu einer Integration von ökologischen Werten im Dialog mit der Wirtschaft in bestehende Rechnungslegungsstandards bekennt.

MOBILISIERUNG VON PRIVATEM KAPITAL FÜR DIE TRANSFORMATION

Im März war die Rolle von privatem Kapital für die ökologische Transformation das Thema. Dabei lag der Fokus auf zwei Akteursgruppen, die vor besonderen Herausforderungen am Kapitalmarkt stehen: Entrepreneur:innen und Mittelstand. Neben der Methodik des integralen Investierens wurden die Herausforderungen der Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstands beleuchtet. Dabei wurde klar: Die politische Sustainable-Finance-Debatte dreht sich bisher stark um die Kapitalmärkte. Die Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen läuft hingegen größtenteils über Kredite der Hausbank und nicht über den Kapitalmarkt, weshalb diese in der Sustainable-Finance-Debatte nicht vergessen werden dürfen.

DATENBASIERTE TRANSPARENZ UND IMPACT-MESSUNG

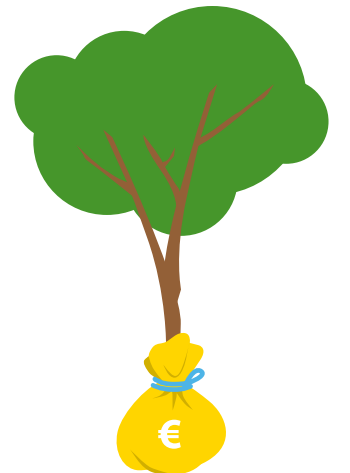
Die Veranstaltung im Mai drehte sich um datenbasierte Transparenz: Daten sind entscheidend, um den Effekt von nachhaltigem Investieren tatsächlich messbar zu machen und gleichzeitig auch Risiken offenzulegen, die der Klimawandel auf die Wirtschaft hat. Ein Podium mit Vertreter:innen von GLS Bank über DKB, ING bis zu BlackRock diskutierte darüber, wie datenbasierte Transparenz den Weg hin zu einer klimaneutralen Realwirtschaft unterstützen kann und welche konkreten Methoden und Instrumente aus ihrer Sicht dabei entscheidend sind.



IMPULSE FÜR EINEN NACHHALTIGEN MITTELSTAND

Da der Mittelstand eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft ist und bisher zu wenig im Fokus der grünen Transformation lag, widmete das Fachforum Sustainable Finance sich in der zweiten Jahreshälfte besonders dem Umbau der mittelständischen Wirtschaft. Mit der klaren Prämisse, dass Nachhaltigkeitskonzepte für die Großindustrie nicht einfach auf den Mittelstand übertragen werden können, und mit dem Ziel, innovative Lösungen für den Mittelstand zu finden, entstand im Anschluss an die Veranstaltung das neue Fachforum „Nachhaltiger Mittelstand“.

In den ersten beiden Veranstaltungen des neuen Fachforums tauschten sich Politik, mittelständische Unternehmen und Expert:innen zu den Themen „Nachhaltigkeit mit nachhaltiger Technologie – wie Digitalität und KI neue Lösungen ermöglichen“ und zum „Nachhaltigkeitsfaktor: Energie“ aus. Es wurde deutlich: Ohne Mittelstand ist die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft nicht zu meistern.



AUSBLICK

Die beiden Fachforen werden die Diskussionen aus dem letzten Jahr weiterentwickeln und ihren Schwerpunkt auf die Schnittstelle der Themen nachhaltige Finanzierung und mittelständische Wirtschaft setzen. Aus diesem Grund wird es im Jahr 2022 besonders um die Frage der Finanzierung der Transformation für die mittelständischen Wirtschaft gehen.

FACHFORUM ALTERSVORSORGE

Es war eine der politisch drängendsten Fragen im Bundestagswahljahr 2021: **Wie geht es mit der Altersvorsorge weiter?** Dass die gesetzliche Rente nicht reichen wird, ist Konsens. Zugleich ist die private Altersvorsorge zwischen den Parteien in ihrer Ausgestaltung hoch umstritten.

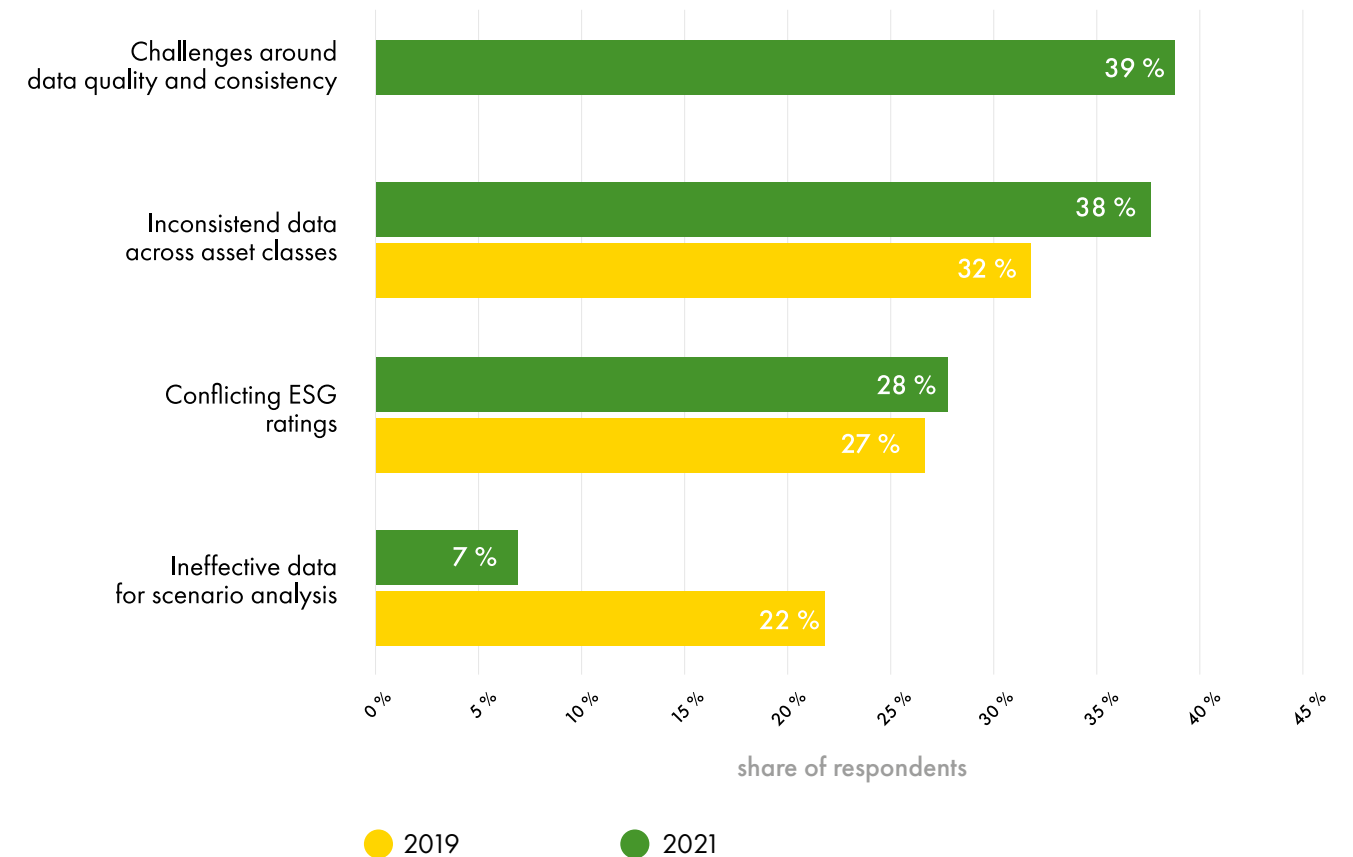
Das Fachforum Altersvorsorge, das sich dem Thema der Zukunft und Weiterentwicklung des Alterssicherungssystems verschrieben hat, konnte mit seiner zweiten Sitzung der Dialogreihe am 11. Mai 2021 Vertreter:innen aus den Bereichen der Finanz- und Versicherungswirtschaft, Wissenschaft und Politik an einem virtuellen Tisch zusammenbringen. Gemeinsam mit den Mitgliedern der grünen Bundestagsfraktion Markus Kurth, MdB, Sprecher für Rentenpolitik und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB, Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Europäische Sozialpolitik, wurde der thematische Schwerpunkt auf die gesellschaftliche Rolle der Altersvorsorge sowie mögliche Entwicklungsperspektiven für die private Altersvorsorge gelegt.

Ein besonderer Fokus lag dabei auf einem kritischen, aber konstruktiven Austausch zum von Bündnis 90 / Die Grünen geforderten Bürgerfonds. Als ein erstes Ergebnis des Fachforums entstand im Herbst 2021 ein Positionspapier, das die Dringlichkeit der Weiterentwicklung der Altersvorsorge unter besonderer Berücksichtigung der zweiten und dritten Säule formuliert und sich dabei intensiv mit der Idee des grünen Bürgerfonds auseinandersetzt.

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode – das zeigt auch der Koalitionsvertrag – bleiben weiterhin viele Fragen und Aufgaben zur zukunftsfähigen Aufstellung der deutschen Alterssicherungssysteme offen. Daher wird das Fachforum auf Basis der erarbeiteten Ergebnisse den Diskurs mit Politik und Wirtschaft zum Thema der Altersvorsorge auch im Jahr 2022 fortsetzen.



Main barriers for further ESG investing worldwide in 2021



Quelle: ESG global survey 2021 der BNP Paribas Bank, S. 8

SUSTAINABLE FINANCE

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IST EINE JAHRHUNDERTAUFGABE

Die Transformation zu einer emissionsfreien Wirtschaft wird nur gelingen, wenn Politik, Unternehmen und Finanzwirtschaft eng zusammenarbeiten. Banken spielen hierbei eine wichtige Rolle, sie werden den enormen Finanzierungsbedarf aber nicht alleine stemmen können. Es wird entscheidend sein, inwiefern es gelingt, privates Kapital zu mobilisieren. Hierfür braucht Europa einen leistungsfähigen Kapitalmarkt. Zusätzlich wäre es wichtig, dass die Bundesregierung konkrete Maßnahmen vorlegt, wie beispielsweise steuerliche Anreize für Unternehmen oder direkte Zuschüsse für Investitionen in grüne Technologien.

Simone Wießmeyer, Vice President | Head of Berlin Office, Deutsche Bank AG



”

ESG-Accounting kann nicht nur ein wichtiger Baustein für nachhaltige Investments am Kapitalmarkt sein. Es kann auch dabei helfen, dass Unternehmen entlang der Rechnungslegung soziale und ökologische Ziele ins Zentrum ihrer Geschäftsmodelle rücken.

Dr. Danyal Bayaz, Minister für Finanzen des Landes Baden-Württemberg

“

”

Staaten, Gesellschaften und Unternehmen auf der ganzen Welt sind gezwungen umzudenken. Die Verantwortung klimaschädliche Emissionen zu reduzieren liegt bei keiner Gruppe allein. Die aktuelle Debatte zu nachhaltigem Wirtschaften und Investieren ist stark auf Unternehmen in der Finanzwirtschaft fokussiert und wir nehmen diese wichtige Verantwortung gerne an. Trotzdem müssen Staaten die Führungsrolle bei der Bewältigung dieser Krise übernehmen: Standards setzen und die richtigen Anreize schaffen.

Wir haben jetzt die Chance, den Grundstein für einen gerechten klimabedingten Wandel zu legen. Damit die Gesellschaft die Brücke zu einer nachhaltigeren Zukunft schlagen kann, brauchen wir erhebliche Investitionen und Innovationen, um neue Technologien voranzutreiben. Wir brauchen Kapital, um diese Technologien und Unternehmen zu skalieren und so die Preise für diese Innovationen zu senken. Nachhaltiges Investieren und die weltweiten Bestrebungen für ein Netto-Null-Emissionsziel werden in den nächsten Jahrzehnten die Wirtschaft fundamental verändern. BlackRock hat sich verpflichtet seinen Teil beizutragen, dieses Kapital verfügbar zu machen und Investoren und Innovatoren zusammen zu bringen, um die notwendige Energie- und Technologiewende auf den Weg zu bringen.

Dirk Schmitz, Country Head BlackRock Deutschland, Österreich und Osteuropa

“



LANDWIRTSCHAFT & ERNÄHRUNG

1

Gesamtgesellschaftlich wertvolles und ökologisch nachhaltiges landwirtschaftliches Handeln muss sich in betriebs- und volkswirtschaftlichen Erfolg umsetzen lassen, die Vermeidung von negativen Externalitäten muss finanziell belohnt werden und im unternehmerischen Interesse liegen.

2

Es bedarf eines Paradigmenwechsels hin zu einem gesunden, zukunftsfähigen, klima-, tier- und umweltgerechten Agrar- und Ernährungssystem.

Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Paradigmenwechsel müssen dabei Hand in Hand gehen: Die Rückbesinnung auf Regionalität, Saisonalität und Qualität sowie eine neue Wertschätzung für Lebensmittel sind ebenso wichtig wie die Wirtschaftlichkeit einer nachhaltigen Landwirtschaft.

3

Die Teilhabe Aller an der sozial-ökologischen Transformation im Ernährungs- und Landwirtschaftssektor muss durch faire Preise im Lebensmittelmarkt und eine starke sozialpolitische Begleitung der Transformation gewährleistet werden. Ernährungspolitik muss als Sozialpolitik begriffen werden.

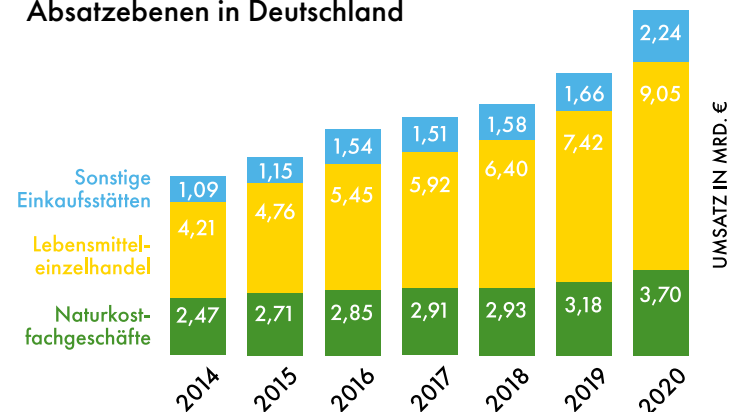


Landwirtschaft & Ernährung

Die jetzige Legislaturperiode mit grüner Regierungsverantwortung steht für den Aufbruch in die tiefgreifende Transformation hin zu einem nachhaltigen, gesunden, zukunftsfähigen, klima-, tier- und umweltgerechten Agrar- und Ernährungssystem.

Die Landwirtschaft muss Ernährungssicherheit und gleichzeitig eine intakte Natur garantieren. Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die Erfahrungswissen mit modernen agrarökologischen Anbaumethoden und digitalen Anwendungen kombiniert und mit der Natur arbeitet. Diese übergeordneten Ziele sind nur mittels eines tiefgreifenden Transformationsprozesses zu einer ressourceneffizienten und klima- wie flächenneutralen Landwirtschaft zu erreichen, die kontextueller, vielfältiger Lösungsansätze bedarf. Gleichzeitig muss die Landwirtschaft ökonomisch tragfähig sein, entbürokratisiert werden, und insbesondere Planungssicherheit für Investitionen bieten. Die Vermeidung von negativen Externalitäten – hinsichtlich Tierwohl, Bodendegradation, Treibhausgasemissionen, Biodiversität, Antibiotikaresistenzen, Nährstoffausträgen in Grund- und Oberflächenwasser – muss im unternehmerischen Interesse liegen. Politische Rahmenbedingungen – auf nationaler als auch auf EU-Ebene im Rahmen der GAP, Farm-2-Fork- und Biodiversitätsstrategie – müssen sowohl ökonomische als auch nachhaltigkeits- und sozialpolitische Ziele unterstützen.

Umsatzanteile für Öko-Lebensmittel nach Absatzebenen in Deutschland



Stand: 09/2021 | Quelle: Arbeitskreis Biomarkt (nach GfK-Haushaltspanel; BioVista; Kommunikationsberatung Klaus Braun; Nielsen), Veröffentlichung durch AMI | Darstellung: LFÜLG

Eine nachhaltige Landwirtschaft ist dabei auch Grundlage einer gesunden Ernährung. Für fast ein Drittel aller Krankheiten in Deutschland ist Fehlernährung verantwortlich. Essgewohnheiten, aber gleichermaßen die fortschreitende Industrialisierung der Lebensmittelproduktion und Globalisierung der Lebensmittelwertschöpfungskette gehen auf Kosten von Umwelt, Klima und unserer Gesundheit. Durch Rückbesinnung auf regionale, saisonale und qualitativ hochwertige Lebensmittel kann ein gesundes, nachhaltiges, vielfältiges Ernährungsangebot geschaffen und ernährungsbedingten Volkskrankheiten vorgebeugt werden.

Um diese zentralen Herausforderungen aufzugreifen, muss auch die Transformation der Lebensmittelwertschöpfungskette hin zu mehr Nachhaltigkeit, Resilienz, und Regionalität politisch intensiv begleitet werden. Digitalisierung und die Stärkung regionaler Strukturen, gleichsam wie die gesellschaftliche Wertschätzung für Nahrungsmittel und ihre Erzeuger:innen sind dabei weitere wichtige Aspekte. Lebensmittelverschwendung muss entlang der Wertschöpfungsketten und branchenspezifisch verbindlich reduziert werden.

AUFTAKTVERANSTALTUNG

„TRANSFORMATION DER LEBENSMITTELWERTSCHÖPFUNGSKETTE: NACHHALTIG, REGIONAL UND TRANSPARENT“ DES FACHFORUMS ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Im Mai 2021 haben sich Vertreter:innen des Lebensmittelhandels und der Lebensmittelverarbeitung gemeinsam mit der Politik in einer Auftaktveranstaltung für das Fachforum „Ernährungswirtschaft“ darüber ausgetauscht, wie wir zentralen Herausforderungen in der Ernährung hin zu mehr Gesundheit und mehr Nachhaltigkeit, Resilienz, Transparenz und Regionalität in der Wertschöpfungskette begegnen können.

Diskutiert wurden indirekte und direkte Steueranpassungen, insbesondere die Zuckersteuer, Lebensmittelkennzeichnungen zur Transparenz, Nachhaltigkeit, CO₂-Fußabdruck und Herkunft. Des Weiteren standen kreislaufwirtschaftliche Ansätze zu Lebensmittelverpackungen, Pilotprojekte mit erfolgreicher Kooperation zur Regionalisierung der Wertschöpfungskette und die Gestaltung eines Level Playing Fields im Lebensmittelmarkt im Vordergrund.

ERGEBNIS 1

Der Trend der erhöhten Nachfrage nach biologisch, klimafreundlichen und regional erzeugten Lebensmitteln hat sich verstetigt. Konsument:innen werden langfristig mehr Nachhaltigkeit fordern, und sind zu Teilen auch bereit, mehr dafür zu bezahlen.

ERGEBNIS 2

Der Trend zu mehr Nachhaltigkeit im Konsumverhalten spiegelt sich auch im Geschäftsmodell so mancher Akteur:innen in der Ernährungswirtschaft wider. Nachhaltigkeit ist ein sehr wichtiger und sich stetig intensivierender Wettbewerbsfaktor für Akteur:innen entlang der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette geworden.

Die richtigen politischen Rahmenbedingungen können diesen einsetzenden Paradigmenwechsel unterstützen und die Transformation der Wertschöpfungskette zu klimaneutraler Produktion, Nachhaltigkeit und einer „zero waste“-Kreislaufwirtschaft erfolgreich einläuten.

ERGEBNIS 3

Essenziell ist die Gestaltung eines Level Playing Fields: Politische Rahmenbedingungen, über die verpflichtende Haltungsverordnungen und Regionalkennzeichnung und einen verpflichtenden NutriScore bis hin zur Diskussion über die „Quengelkasse“ und Steueranpassungen für tierische und adipogene Lebensmittel schaffen die notwendigen gleichen Wettbewerbsbedingungen. Dadurch lassen sich gesellschaftliche Verantwortung und Nachhaltigkeit zum Wettbewerbsvorteil vermarkten.

AUSBLICK: FACHFORUM ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Im Laufe der Veranstaltung wurden Themenfelder für die weitere Diskussion skizziert, denen sich der Grüne Wirtschaftsdialog in den kommenden Monaten intensiv in verschiedenen Dialog- und Debattierformaten widmen wird.

Den Themenkomplex „Regionalisierung der Lebensmittelwertschöpfungsketten“ aufgreifend wird der Grüne Wirtschaftsdialog sich gerne auf Pilotregionen, die positiv zur Regionalisierung und Kooperation zwischen Produktion, Vertrieb, und Konsument:innen beitragen, und das Spannungsverhältnis zwischen kleinen und größeren Unternehmen, Produzent:innen und Vertrieblern fokussieren.

Ein weiterer Schwerpunkt wird auf (in)direkter Besteuerung und der Mitigation sozialer Risiken der ökologischen Transformation im Ernährungssektor liegen. Hier wird erörtert, welche Steuerungsinstrumente als Leitplanken der Transformation den größten Mehrwert schaffen und wie diese am besten umzusetzen sind. Des Weiteren ist es wichtig zu eruieren, wie die Teilhabe Aller an der sozial-ökologischen Transformation im Ernährungssektor durch faire Preise im Lebensmittelmarkt gewährleistet werden kann.

AUSBLICK: FACHFORUM LANDWIRTSCHAFT

In den kommenden Monaten wird der Grüne Wirtschaftsdialog die Erkenntnisse aus den Gesprächen 2021 in ein neues Fachforum Landwirtschaft einfließen lassen, um gangbare Lösungswege für die Transformation zu erarbeiten. Insbesondere die Digitalisierung in der konventionellen sowie ökologischen Landwirtschaft und Datenplattformen, die große Potentiale zur Erreichung der genannten Ziele bieten, werden im Fokus des Fachforums stehen. Precision Farming und die Landwirtschaft 4.0 haben das Potenzial, durch Satellitendatenüberwachung,

KI, Robotik und Automatisierung bei steigendem Ertragsniveau Ressourcen einzusparen, Kosten zu senken, den landwirtschaftlichen Alltag zu entbürokratisieren und die Umwelt zu schonen. Die Ergebnisse des Diskussionsprozesses wird der Grüne Wirtschaftsdialog in einem lösungs- und empfehlungsorientierten Positionspapier an Politik und Öffentlichkeit kommunizieren.

LANDWIRTSCHAFT & ERNÄHRUNG

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„Umweltschutz und Corporate Social Responsibility sind seit 16 Jahren zentrale Bestandteile unserer Geschäftsstrategie. Über 50 Kaffeesorten von Tchibo sind bereits nach Bio, Rainforest Alliance oder Fairtrade zertifiziert. Ein zentraler Kern unserer Arbeit ist es, sich für Transparenz, Wirkung und Unternehmensverantwortung entlang der gesamten Wertschöpfungskette unserer Produkte einzusetzen. Allerdings stoßen Zertifizierung und Auditierung im Kaffee-Sektor oft an ihre Grenzen. Mit unserer Initiative „Truemorrow“ möchten wir daher einen Schritt weiter gehen und Nachhaltigkeitsaktivitäten insbesondere am Ursprung unserer Produkte gezielt unterstützen. Zum Beispiel haben wir viele bildungs- und berufsorientierte Angebote vor Ort initiiert, um die Lebensbedingungen von Kaffeefarmern sowie ihrer Familien zu verbessern.“

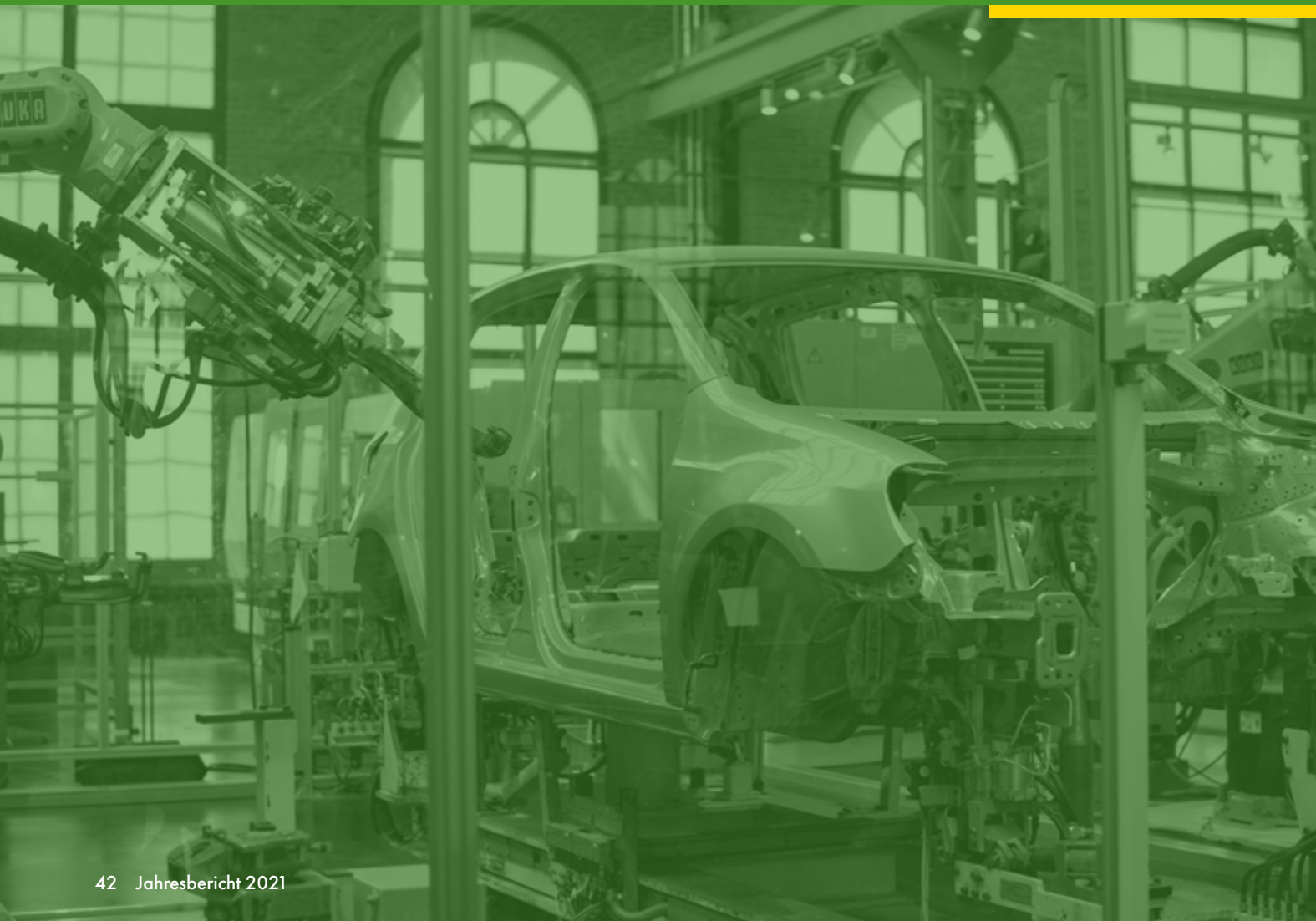
Nanda Bergstein, Director Corporate Responsibility Tchibo GmbH



„Gesundheit beginnt bei dem, was wir auf den Tellern haben. Sich gesund zu ernähren bedeutet auch gleichzeitigen Klimaschutz. Wir müssen schauen, wie wir die Transformation der Lebensmittelwertschöpfungskette zur menschlichen und globalen Gesundheit gemeinsam, einerseits mit klaren Rahmenbedingungen und ordnungspolitischen Mitteln, andererseits durch Förderung, Bildungs- und Aufklärungsarbeit, erreichen.“

Dr. Ophelia Nick, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Bündnis 90 / Die Grünen

MOBILITÄT



1

Ein Konzept für eine neue Art der Mobilität ist unvermeidlich und dringend erforderlich, um den klimatischen Herausforderungen zu begegnen. Ein solches Konzept muss drei Eigenschaften mit sich bringen: Sicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit.

2

Als Kernkomponente einer sozial-ökologischen Mobilitätswende **muss der ÖPNV weiter gestärkt und ausgebaut werden**. Dazu gehören auch eine stärkere Kooperation zwischen den verschiedenen Regionalverbänden und Investitionen in klimaneutrale Fahrzeuge.

3

Um Deutschland zum Innovationsstandort für Autonomes Fahren zu machen, **muss die Technologie politisch stärker priorisiert werden**: Regularien sind kontinuierlich an gesellschaftliche Bedürfnisse und technische Möglichkeiten anzupassen, die Förderpolitik gilt es fokussierter zu betreiben.

Die Einhaltung der Klimaziele und der damit notwendigen ökologischen Transformation der Gesellschaft muss in drei entscheidenden Bereichen erfolgen: **Industrie, Wärme/Klimatisierung, Verkehr.**

Der Mobilitätssektor und damit auch die Automobil- und Zulieferindustrie stellen einen großen Hebel dar, um die Wirtschaft insgesamt auf einen ökologisch nachhaltigen Wachstumspfad umzustellen. Daher sind die Unternehmen dieses Sektors für den Grünen Wirtschaftsdialog zentrale Gesprächspartner. Dieses gilt auch und insbesondere wegen der Bedeutung für Arbeit und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Im Frühjahr 2021 brachten wir die aus unsere Auftakt-Veranstaltung (Fachforum AZI 2020) gewonnenen Erkenntnisse zur Transformation der Branche daher in den europäischen Dialog ein.

EVENT ON THE FUTURE OF THE EUROPEAN AUTOMOTIVE LANDSCAPE

Gemeinsam mit dem Institut Montaigne (Frankreich) als Kooperationspartner gelang es, auf diesem digitalen Kongress führende Köpfe der europäischen Automobilindustrie mit kommunaler, nationaler und europäischer Politik sowie Gewerkschaften zusammenzubringen.

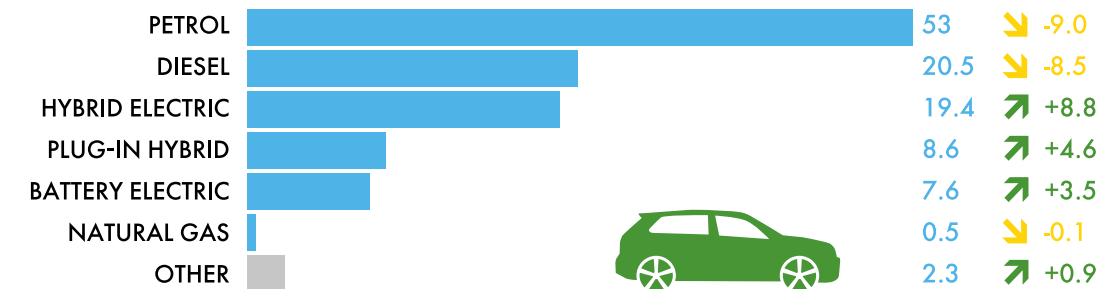
Der europäische Automobilsektor ist im Begriff, sich im Bekenntnis zu den Paris-Zielen und in Hinblick auf den Green Deal der EU grundlegend umzubauen und fit für die Zukunft zu machen. Die Zukunft wird durch das Schlagwort „CASE“ abgebildet: Connectivity, Autonomy, Shared und Electric – der individuelle wie der öffentliche Verkehr werden sich umfassend neu formieren. Das betrifft die gesamte Automobilbranche: von der Chipproduktion über die Ladesäuleninfrastruktur, die Entwicklung einer europäischen Batteriezelle bis hin zu den Änderungen in der Wertschöpfungskette. Die Aufgabe der Autobranche, von Herstellern sowie Zulieferern wird es sein, die stattfindende Revolution und Disruption beim Produkt und in der Produktionsweise aktiv und verantwortlich zu gestalten, die strukturellen und sozialen Risiken proaktiv aufzugreifen und im Dialog die besten Antworten zu finden.

DAS ERSTE PANEL behandelte die Konsolidierung des Automobilsektors in Europa.

Seit mehreren Jahren treffen die Ziele einer klimaneutralen Produktion und der Transformation hin zu CASE-Produkten auf eine globale Überproduktion. Dieses Problem wird verschärft durch den Nachfrageeinbruch in der Pandemie – und die Disruption im Bereich Antriebe und Konnektivität. Diese verlangen immense Investitionen in Zukunftstechnologien und den vorübergehenden Erhalt von Doppelstrukturen zur Produktion von Fahrzeugen mit verschiedenen Antriebstypen. Als Resultat entsteht ein starker Druck zur Konsolidierung und zur Kooperation zwischen den Autobauern und Zulieferern.

In seiner Keynote – “Freedom of mobility at stake: clean, safe and affordable solutions” – entwickelte Carlos Tavares, CEO von Stellantis, dem viertgrößten Autobauer der Welt, die zentrale Fragestellung: Welchen Wert wollen die Europäer der freien, spontanen und individuellen Mobilität in Zukunft beimessen? Wie auch immer der gesellschaftliche Konsens ausfiele: Die Aufgabe der Automobilunternehmen sei, ihren Teil dieser Frage mit passenden Produkten und Dienstleistungen zu beantworten. Diese müssten drei Eigenschaften mit sich bringen: Sicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit. Aber auch die Politik muss sich dazu bekennen und ihrerseits dazu beitragen, dass solche zukunftsweisenden und klimafreundlichen Mobilitätsformen wie E-Autos auch weiterhin in Europa produziert und verkauft werden können.

Diesel And Petrol Cars Losing Ground in the EU
Year-to-date market share of cars registered in the EU by fuel type (in %)*



Quelle: Statista, Source: ACEA

* As of Oct 22, 2021

DAS ZWEITE PANEL ging auf Fragen der sozialen und strukturellen Transformation im Sinne der Konsolidierung ein.

Unter den Teilnehmenden waren Vertreter:innen der Politik unterschiedlichster Ebenen. So vertraten drei Politiker:innen die verschiedenen Perspektiven der kommunalen, nationalen und europäischen Politik. Gerade in diesen differenzierten Sichtweisen trat der essenzielle Wert des Green Deals hervor. Insbesondere für die derzeit strukturstarke Regionen Südeuropas eröffnet der Green Deal die Chance, die industrielle Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in die Zukunft zu tragen.

Die wirtschaftliche Perspektive, vertreten von Plastik Omnium und Bosch, stellte heraus, dass die Wertschöpfungsketten neu gedacht werden müssen. Für die großen OEMs bedeutet dies, die Wertschöpfungsketten zu erweitern, während die Zuliefererindustrie eine neue Rolle in den Wertschöpfungsketten

finden muss, da einige der bisher benötigten Teile in Verbrennungsmotoren zukünftig keine Verwendung mehr finden werden. Entscheidend wird sein, dass der Green Deal und andere strukturelle Maßnahmen auch für die Zulieferer und ihre zahlreichen Standorte als Chance wahrgenommen werden, wenn Innovationen, Investitionen und Umschulungen gefördert werden.

Deutschland, Italien und Frankreich sind dabei Partner auf einem globalen Markt. Europäische Zulieferer und OEMs müssen Hand in Hand arbeiten, um die enormen Investitionen in Angriff zu nehmen, die erforderlich sind, um eine Antwort auf die künftigen Mobilitätsbedürfnisse zu finden.

AD-HOC FORUM: ÖPNV NACH/MIT CORONA

Corona hat unser Mobilitätsverhalten nachhaltig verändert. Sicherheitsbedenken, reduzierte Dienstreisen und Homeoffice führten für den ÖPNV zu gravierenden monetären Einbußen, besonders im Schienenverkehr. Vor diesem Hintergrund beschäftigten sich Vertreter:innen aus Politik und Wirtschaft mit den Auswirkungen der Pandemie auf den ÖPNV, mögliche Zukunftsprognosen und Implikationen für eine nachhaltige Mobilitätswende. Es bleibt offen, wie viele Menschen auch in einer möglichen „Post-Corona-Zeit“ weiterhin von zu Hause aus arbeiten werden und nicht mehr auf den ÖPNV für den Arbeitsweg angewiesen sein werden. Müssen vor diesem Hintergrund bisherige Mobilitätskonzepte neu gedacht werden? Aus dem Forum wurde auf diese Frage hin ein klares

Signal gesendet, dass ÖPNV und SPNV definitiv zurückkommen werden. Ungeachtet der Herausforderungen durch die Pandemie muss der ÖPNV durch groß angelegte Investitionen in Ausbau, Instandhaltung und Modernisierung für die Zukunft gerüstet werden. Die Umrüstung auf klimaneutrale Flotten wird in diesem Zusammenhang eine hervorgehobene Rolle spielen. Essenziell für die Realisierung dieser Vorhaben wird die Beantwortung der Finanzierungsfrage sein, die nicht auf den Kunden durch immer weiter steigende Ticketpreise abgewälzt werden kann. Auch bei dieser Frage werden die 120 regionalen deutschen Verkehrsverbände zukünftig enger kooperieren müssen. Sicher ist, dass der ÖPNV und SPNV auch nach Corona das Rückgrat einer nachhaltigen Mobilitätswende ist.

Um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, müssen wir unser Mobilitätsverhalten grundlegend ändern. Wir Verkehrsunternehmen stehen bereit, klimaschonende Mobilität in all ihren Facetten ins Zentrum des Geschehens zu rücken, Kunden und Fahrgästen zeitgemäße, unkomplizierte Lösungen anzubieten und die Schiene als Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrspolitik deutlich zu stärken.

Dr. Tobias Heinemann, Sprecher der Geschäftsführung Transdev GmbH



AUTONOMES FAHREN

Der Wandel hin zum automatisierten Verkehr wird in seiner gesellschaftlichen und industriellen Tragweite oftmals sogar oberhalb der kommenden Umstellung auf die Elektromobilität eingeordnet – und auch aus klima- und umweltpolitischer Sicht bietet die Technologie enorme Chancen.

Laut Koalitionsvertrag soll Deutschland ein Innovationsstandort für Autonomes Fahren werden, für den öffentlichen Verkehr ist dahingehend eine langfristige Strategie geplant.

Im Dialog mit Expert:innen und Entscheider:innen aus öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen, sowie mit Autoherstellern, Zulieferern und Think Tanks konnten unter anderem folgende verkehrs- und wirtschaftspolitische Aufgabenstellungen herausgearbeitet werden:

- Um Deutschlands Status als lukrativer Innovationsstandort auszubauen, gilt es, ausstehenden Regulierungsbedarf zu adressieren, etwa in puncto Typengenehmigung, Straßenzulassung und bei der Genehmigung von Pilotprojekten.
- Damit das Autonome Fahren zu einer starken Ergänzung des ländlichen Mobilitätsangebotes wird, sind bestehende Regularien im Bereich der On-Demand-Mobilität wie etwa die Rückkehrpflicht auf ihren gesellschaftlichen Nutzen zu überprüfen.
- Der softwarebasierte Megatrend Autonomes Fahren führt die deutsche Mobilitätsbranche in neue Konkurrenzsituationen. Unternehmenskooperationen bergen die Chance, die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidend zu stärken und sind somit ordnungspolitisch zu fördern, mitunter durch Standardisierungen in den Bereichen Automobildaten und intelligente Infrastruktur.
- Um den ökologischen Mehrwert der Technologie zu sichern, braucht es mehr Mobilität bei weniger Verkehr. Hierzu muss das ÖPNV-Angebot eine vollwertige Alternative zum privaten PKW werden. Eine informierte und fokussierte Förderpolitik muss den entscheidenden Beitrag leisten, während sie ineffiziente Parallelförderungen vermeidet.

AUSBLICK

Das Fachforum Automotive stellt sich für das Jahr 2022 thematisch neu auf, um die interdisziplinär ausgeprägten Herausforderungen des Sektors besser aufgreifen zu können. Unter das neu entstanden Fachforum Mobility fallen alle Themen unserer zukünftigen Mobilität. Dazu gehören weiterhin die OEM und Zulieferer wie nun ebenfalls Verkehrskonzepte für Kommunen und Städte, Initiativen zum autonomen Fahren sowie Infrastrukturthematiken wie der Ausbau von Schnellladesäulensystemen.

MOBILITÄT

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„ Unser Ziel ist, mit möglichst vielen Beschäftigten durch diese Transformation zu kommen und uns in den Bereichen Elektromobilität, Software und künstlicher Intelligenz fit für die Zukunft zu machen. Das braucht Zeit, denn der Anpassungsbedarf ist enorm. Auch wenn wir stark in die Elektromobilität einschließlich der Brennstoffzelle investieren, ist das Beschäftigungsniveau in der Mobilitätsbranche rückläufig: Das Beschäftigungsverhältnis ist bei Bosch 10:3:1 von Diesel zu Benziner zu Elektro. Mit der Brennstoffzelle könnten wir, wenn sich der Markt wie erhofft entwickelt, etwa Faktor sieben erreichen – sie könnte also helfen, Arbeitsplätze zu erhalten.“

Filiz Albrecht, Geschäftsführerin Robert Bosch GmbH

„ Industrializing renewable energies in sourcing and processing must be number one priority for the European Union in order for every sector to reach its climate goals. To decarbonize the transport sector, every related sector must do so at the same time and at the same speed. A complex but yet crucial task. Green energy will be key to the entire lifecycle of mobility.“

Dr. Thomas Steg, Generalbevollmächtigter Volkswagen AG



Foto: Anja Mörik

„ Das Zeitalter des Automobils mit Verbrennermotor neigt sich dem Ende zu. Die Automobilindustrie als deutsche Leitindustrie steht damit vor einer historischen Zäsur. Sie muss das Auto neu erfinden, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein. Derzeit schicken sich junge, dynamische Unternehmen an, den Automarkt zu erobern. Aktuell sind sie im Bereich der Digitalisierung und beim vernetzten Fahren im Vorteil. Es freut mich zu sehen, dass die deutschen Autobauer nun mit großem Engagement dabei sind, diese Lücke zu schließen. Ich sehe es aber gleichermaßen als Aufgabe der Politik, die ökologisch-digitale Transformation der deutschen Automobilindustrie beispielsweise durch kluge Infrastrukturmaßnahmen zu unterstützen.“

Katrin Habenschaden, 2. Bürgermeisterin München, Bündnis 90 / Die Grünen

„ The transformation in our sector is in full swing. The future is electric. Let us use the breadth of technologies, from autonomous shuttles to affordable BEVs and improved plug-in hybrids, to make the Green Deal a success for both climate and industry. If we follow such an approach, the transformation can be a lever for long-term competitiveness.“

Dr. Holger Klein, Mitglied des Vorstands ZF Friedrichshafen AG



ENERGIE

1

Die Zukunft der Mobilität in Deutschland ist elektrisch. Bürokratieabbau, transparente Richtungsentscheidungen und eine staatliche Förderungsstrategie, die „Early Mover“ nicht benachteiligt, sind für den flächendeckenden Ausbau der Schnellladeinfrastruktur unabdingbar. Für Sektoren wie Luft- und Schifffahrt, bei denen eine vollständige Elektrifizierung technologisch als kaum umsetzbar bewertet wird, muss die Dekarbonisierung überwiegend mit ‚grünen‘ Energieträgern (E-Fuels) diskutiert und gegebenenfalls resiliente Rahmenbedingungen geschaffen werden.

2

Die Energiewirtschaft braucht klarer definierte Rahmenbedingungen aus der Politik. Damit Innovationen gefördert werden können und sozial-ökologische Transformationsprozesse auch wirtschaftlich sind, bedarf es mehr Planungssicherheit und flexiblerer Regulierung.

3

Deutschland muss sowohl stärker über Energieinnen- als auch Energieaußenpolitik sprechen. Potentiale innerhalb Deutschlands gilt es konsequenter zu mobilisieren, zum Beispiel in der Sektorkopplung durch bidirektionale Ladegeräte. Gleichzeitig wird Deutschland für eine erfolgreiche Energiewende zukünftig erneuerbare Energien importieren müssen. Diesbezüglich ist die Politik gefragt, sich stärker für europäische und globale Kooperationen zu engagieren, die eine stabile und nachhaltige Energieversorgung gewährleisten können.

Die Energiewende ist eine Kernkomponente der sozial-ökologischen Transformation Deutschlands und stellt eine enorme wirtschaftspolitische Herausforderung dar. Für nachhaltige Energie muss die Versorgungssicherheit garantiert werden können und die Kostenspirale gedrosselt werden. Zudem erfordert die zunehmende Dezentralisierung einen schnelleren und flächendeckenden Ausbau der Transportnetze.

Gleichzeitig müssen wir darüber nachdenken, wie Energie effizienter genutzt werden kann und inwiefern eine Verknüpfung der Sektoren Strom, Verkehr und Wärme zu Emissionsenkungen beitragen kann. Vor diesem Hintergrund hat sich der GWD im vergangenen Jahr mit fünf Fachforen aktiv in den Diskurs eingebracht.

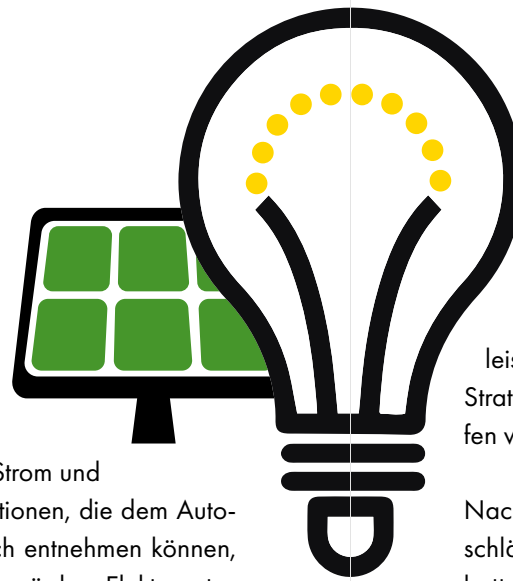
Energie

Die Energiewende ist eine Kernkomponente der sozial-ökologischen Transformation Deutschlands und stellt eine enorme wirtschaftspolitische Herausforderung dar.

Am 30. März trafen sich hochkarätige Vertreter:innen aus Wirtschaft und Politik zum Ad-hoc Fachforum Schnellladegesetz (SchnellLG), welches im Mai 2021 schließlich vom Bundestag verabschiedet wurde. Vollständig elektrisch betriebene Fahrzeuge sind die Kernkomponente einer sozial-ökologischen Transformation der Mobilität in Deutschland. Neben Faktoren wie etwa dem Preis und der Reichweite von Fahrzeugen ist der flächendeckende Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur die Grundlage einer erfolgreichen Elektromobilität der Zukunft. Da der derzeitige Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht der deutlich steigenden Anzahl von Elektrofahrzeugen gerecht zu werden scheint, sieht das SchnellLG 1000 zusätzliche HPC-Standorte für eine effizientere Schnellladeinfrastruktur vor, die mit 1,9 Mrd. € vom Bund gefördert werden sollen. Dadurch sollen auch wirtschaftlich weniger ergiebige Standorte attraktiv werden. Kritik der Teilnehmer:innen des Fachforums richtete sich an eine befürchtete „Überförderung“, die bereits in Ladepunkte investierende Unternehmen benachteiligen könnte. Zudem wurde angemerkt, dass das SchnellLG einige Fragen offen ließe und die große Problematik der langwierigen Genehmigungsverfahren ausspare. Die wichtigsten Ergebnisse der von Dr. Katharina Bösche moderierten digitalen Veranstaltung wurden in einem Thesenpapier zusammengefasst.

In einem weiteren Ad-hoc Fachforum tauschten sich am 31. März zahlreiche Vertreter:innen der Energiewirtschaft zu den Potentialen der Sektorkopplung/Bidirektionales Laden aus. Für die Kopplung der Energiesektoren Strom und Verkehr könnten bidirektionale Ladestationen, die dem Automobil Energie sowohl zuführen als auch entnehmen können, eine signifikante Rolle spielen. Damit würden Elektroautos zum mobilen Energiespeicher werden, mit dem erneuerbare Energie besser genutzt und Engpässe ausgeglichen werden können.

Mit einer sozial-ökologischen Transformation des Verkehrs geht zwangsläufig die politische Frage einher, wie diese Transformation ausgestaltet wird und welchen Technologien Priorität eingeräumt werden soll. In diesem Kontext veranstaltete der GWD das Ad-hoc Fachforum E-Fuels, um die Relevanz dieser synthetischen Kraftstoffe für eine erfolgreiche Energiewende zu beleuchten. Besonderes Potential besteht in der Luft- und Schifffahrt, bei denen Elektrifizierung keine realistische Perspektive für die absehbare Zukunft darstellt. Gleichzeitig hat die Mehrheit der Teilnehmer:innen des Fachforums einen großflächigen Einsatz von E-Fuels im PKW-Sektor keine realistische Perspektive eingeräumt. Die überaus kosten- und energieineffiziente Herstellung von E-Fuels steht einem wesentlich höheren energetischen Wirkungsgrad von Elektroautos gegenüber. Zudem setzen E-Fuels weiterhin auf den Verbrennungsmotor, während die Antriebswende einen graduellen Technologiewechsel zu reinen Elektromotoren forciert.



Da E-Fuels jedoch zur Erreichung der Pariser Klimaziele für Luft- und Schifffahrt einen maßgeblichen Beitrag leisten können, muss eine nationale und europäische E-Fuel-Strategie, sowie angemessene Rahmenbedingungen geschaffen werden.

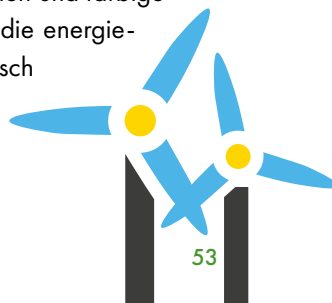
Nachdem Annalena Baerbock am 18. Juni 2021 die Vorschläge für einen Klima- und Industriepakt veröffentlicht hatte, bot der GWD mit einer weiteren Dialogveranstaltung unseren Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit, sich dazu auszutauschen und Einschätzungen und Empfehlungen direkt mit der Sprecherin für Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Katharina Dröge MdB, zu diskutieren. Auch hier wurden die Hauptanliegen und -forderungen wieder deutlich: Essenziell für Planungssicherheit sind klare Richtungsentscheidungen. Erst dann können größere Investitionen ausgelöst werden. Der CO₂-Preis sollte das zentrale Steuerungsmittel sein und Regulatorik muss grundsätzlich flexibler werden, um Innovation zu schaffen und wirtschaftliche Lösungen zu ermöglichen. Auch die internationale

Perspektive wurde von vielen Diskussionsteilnehmer:innen betont: In der Bundesrepublik muss mehr über Energieaußenpolitik gesprochen werden. Deutschland wird auf absehbare Zeit erneuerbare Energien importieren müssen. Gleichzeitig sollten bisher ungenutzte Potentiale innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden, z. B. der Ausbau von Solarenergie auf Gebäudedächern oder die Sektorkopplung.

Auch Vertreter:innen der stromintensiven Grundstoffindustrie kamen im Rahmen eines GWD-Strategieforums zusammen, um über die Implikation der Energiewende auf Strompreise zu sprechen. Werden die Kosten durch die Transformation höher, sinken folgerichtig die Unternehmensgewinne. Nur mit gezielt definierten Rahmenbedingungen, die die Transformation ökonomisch sinnvoll machen, werden Innovationen gefördert und kann Technologieoffenheit organisiert werden. Der GWD erarbeitete aus den Gesprächen des Strategieforums ein Thesenpapier, welches konkrete Forderungen und Eckpunkte der Debatte darstellt.

AUSBLICK

Zu den für 2022 avisierten Schwerpunkten gehört unter anderem nachhaltige maritime Antriebstechnologien und farbige Wasserstoffe. Zudem soll der Dialog bezüglich steigender Energiepreise und dessen Auswirkungen auf die energieintensive Grundstoffindustrie fortgesetzt werden. In Planung befindet sich darüber hinaus auch ein Austausch zu den Auswirkungen der Energiewende auf Kommunen, die eine oft übersehene Schlüsselrolle spielen.



ENERGIE

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„Entscheidend für den Erfolg von Wasserstoff und der neuen klimaneutralen E-Kraftstoffe sind ein ambitioniertes Hochfahren und konsistente politische Rahmenbedingungen. Internationale Investitionen sind unabdingbar, daher müssen Partnerschaften etabliert und eine breite Anwendungsmöglichkeit für die Energieträger ermöglicht werden. Aus dem „Champagner der Energiewende“ muss das „Tafelwasser der Energiewende“ werden. Nur so können wir das Ziel erreichen, im Jahr 2050 – oder schon früher – Schiffe, Züge, Schwerlastfahrzeuge oder Energieanlagen klimaneutral anzutreiben.“

Dr. Daniel Chatterjee, Director Technology Strategy und Regulatory Affairs bei Rolls-Royce Power Systems



„Die fossile Inflation zeigt, dass die Erneuerbaren in der Zukunft der Garant für stabile Preise sein müssen. Es geht jetzt darum, dass die günstigen Produktionskosten bei den Kunden ankommen und gerade energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb angemessene Energiekosten zu tragen haben.“

Dr. Ingrid Nestle, MdB, Leiterin der AG Klimaschutz und Energie (Sprecherin), Bundestagsfraktion B90/Die Grünen

„Ich bin davon überzeugt, dass die klimaneutrale Mobilität und Energie die Welt friedlicher, gerechter, demokratischer und insbesondere überlebensfähiger machen wird. Gleichzeitig stelle ich fest, dass wir das Wissen, die Ressourcen und die Werte haben, um unsere Wirtschaft in ein klimafreundliches und digitales Zeitalter zu transformieren. Ich werde mich beim GWD für die Energie- und Mobilitätstransformation der Wirtschaft einsetzen.“

Amir Roughani, Geschäftsführer CHARGE-V GmbH



FORSCHUNG & INNOVATION



Die COVID-19-Pandemie hat verdeutlicht, welches enorme Potential in bio- und gentechnologischen Innovationen liegt. Im gleichen Zusammenhang sind allerdings auch Vorbehalte und Vorurteile vor allem der Gentechnik gegenüber laut geworden. **Deutschland muss das Potential wissenschaftlicher Innovationen erkennen und Vorbehalte abbauen.**



In Deutschland findet Innovation auf höchstem Niveau statt. Jedoch fehlt der Mehrzahl der Biotech-Unternehmen der Zugang zu Wagniskapital. **Anpassungen der Rahmenbedingungen für die Mobilisierung von Wagniskapital und steuerliche Forschungsförderungen sind notwendig,** um die Innovationskraft in Deutschland zu halten und Wissenschaftler:innen das Gründen zu erleichtern.



Während Deutschland bisher als Biopharmazeutika-Standort international gut abschneidet, ist das bei hochspezialisierten Gentherapien (ATMP) nicht der Fall. **Die Anwendung von ATMP muss in Deutschland weiter ausgebaut und Finanzierungslücken geschlossen werden.** Zusätzlich müssen innovationsoffene und -freundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

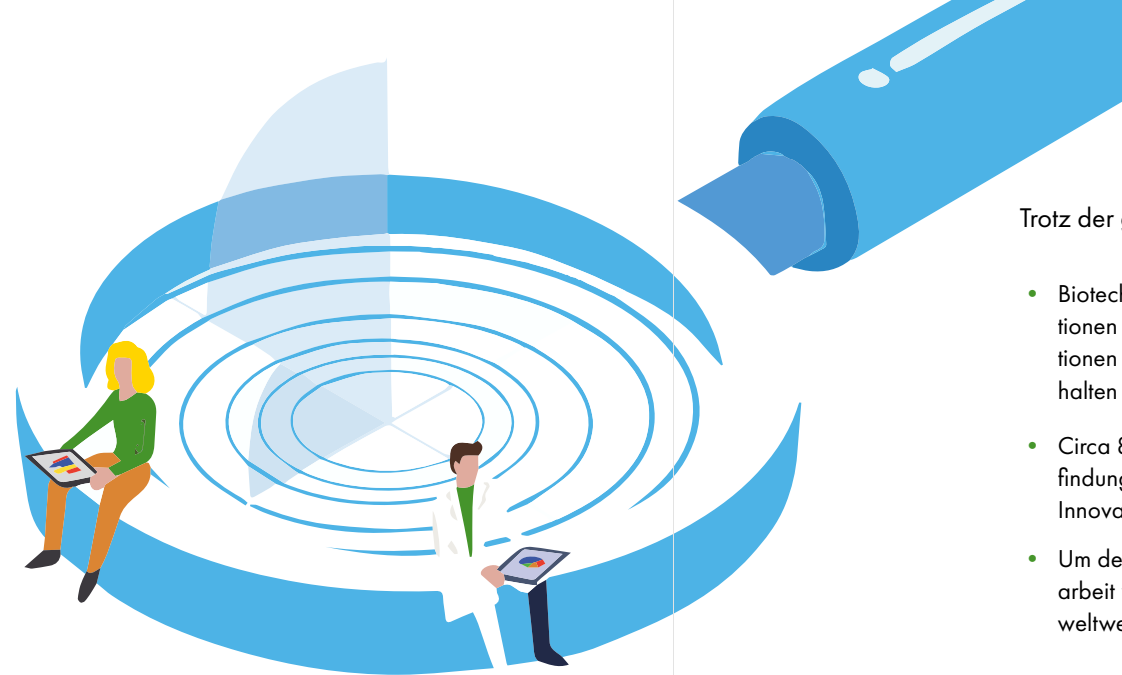
Die COVID-19-Pandemie hat Deutschland, Europa und die Welt hart getroffen. Dabei sind viele Defizite des Deutschen Gesundheitssystems offensichtlich geworden und es hat sich gezeigt, dass Digitalisierung, gentechnische Methoden und die Mobilisierung von Privatkapital ein enormes Potential beinhalten, um Herausforderungen wie diese Pandemie zu meistern.

Der schnellen Entwicklung von Impfstoffen, Tests und den verstärkten Kooperationen von Industrie und Forschung ist es zum großen Teil zu verdanken, dass eine Rückkehr zum Status quo ante möglich erscheint. Allerdings sollten wir die Pandemie

als Chance sehen, den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland zu überdenken und zukunftsfähig umzustrukturieren. Gemeinsam mit Branchenvertreter:innen der industriellen Gesundheitswirtschaft hat der GWD den Dialog zum Pharma- und Biotechnologiestandort Deutschland in seinem europäischen Kontext aufgegriffen und aktuelle Herausforderungen identifiziert. Dabei standen die Innovationsförderung durch die Mobilisierung von Wagniskapital für junge hochspezialisierte Biotechnologieunternehmen sowie Wissenstransfer und der Abbau von Vorurteilen auf der Agenda.

Forschung & Innovation

Der Grüne Wirtschaftsdialog arbeitet nun schon seit einem Jahr gemeinsam mit Wissenschaftler:innen, Wirtschaftsvertreter:innen und Politiker:innen an dem Thema Forschung und Innovation.



Trotz der guten Ausgangslage wird Deutschland im internationalen Vergleich immer mehr abgehängt:

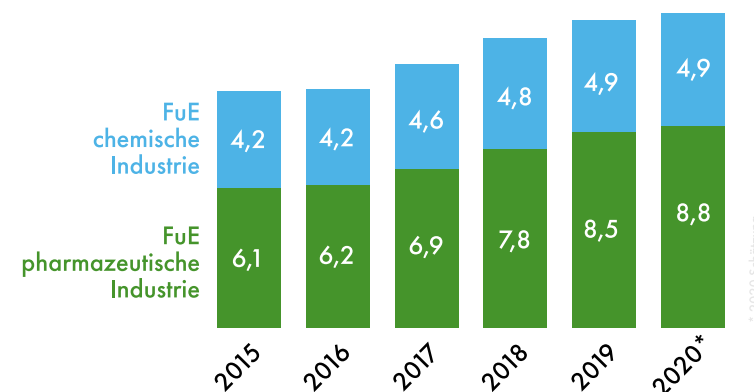
- Biotech-Start-ups stellen unerlässliche Quellen für den Brückenbau von Forschungsergebnissen zu neuen Investitionen dar. Allerdings kommen die meisten Biotech-Start-ups erst nach vielen Jahren in die Gewinnzone. Investitionen in diesem Bereich sind mit hohen Risiken verbunden. Um weiterhin den Innovationsstandort in Deutschland halten zu können, ist es dringend notwendig, die Anreize zur Mobilisierung von Wagniskapital zu verbessern.
- Circa 8 % der weltweiten Patente in Chemie und Pharma kommen aus Deutschland. Diese patentgeschützten Erfindungen sind ein Resultat langer, intensiver Forschung und großer Investitionen. Ein verlässlicher Schutz dieser Innovationen ist notwendig, um diese Innovationskraft in Deutschland halten zu können.
- Um den Forschungsstandort in Deutschland und Europa nachhaltig zu stärken, braucht es eine enge Zusammenarbeit von Politik, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, sowohl im nationalen, europäischen, als auch im weltweiten Kontext.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE AUS DEM FACHFORUM

Was als Fachforum „Pharmaindustrie und Biotechnologie“ begonnen hat, soll in den kommenden Monaten im Arbeitsfeld „Innovation und Forschung“ verstärkt weitergeführt werden.

In unserer Auftaktveranstaltung im Sommer 2021 haben wir einen ergebnisoffenen Dialog zum Thema Pharma- und Biotechstandort in Deutschland geführt. Bei dieser Veranstaltung beschäftigten wir uns mit den Standortherausforderungen und wie wir diese Herausforderungen angehen können. Dabei zeigte sich, dass die Pharmazeutische Industrie in Deutschland forschungsstark ist: Auch unter den Bedingungen der Pandemie wurden die Ausgaben der Unternehmen für Forschung und Entwicklung mit 7 % ihrer Umsätze hochgehalten. Dabei sind die Unternehmen in allen Zukunftsfeldern von Klimaschutz über Kreislaufwirtschaft, Ernährung und Gesundheit forschend aktiv.

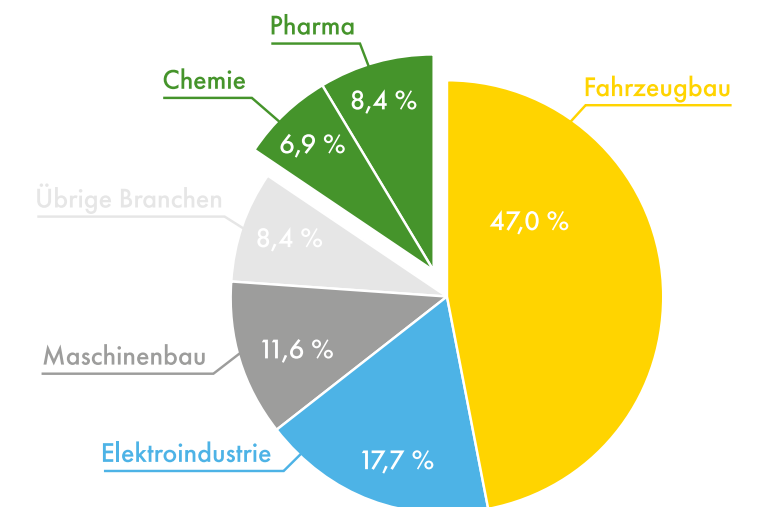
Externe und interne FuE-Aufwendungen der Chemie- und Pharmaindustrie in Mrd. Euro



Quelle: Stifterverband, VCI

Um die Zukunft und Innovativität des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Deutschland sichern zu können, bedarf es eines faktenbasierten Diskurses, welcher Bedenken ernst nimmt und Vorurteile aus dem Weg schafft, sowie eines Diskurses zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Dabei sollten alle Bereiche der Wertschöpfungskette der Pharmaindustrie abgedeckt werden: Ausbildung von Fachpersonal, Grundlagenforschung, klinische Forschung, der Schutz geistigen Eigentums (Patentschutz), sowie die Finanzierung und Förderung von Biotech-Start-ups.

Interne FuE-Aufwendungen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe in %, 2019



Quelle: Stifterverband, VCI

FORSCHUNG & INNOVATION

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



” Um als Innovationsstandort global wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht Deutschland mehr Freiräume für Forschung und eine größere Offenheit zur Kooperation. Denn gerade in Netzwerken und Partnerschaften, insbesondere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, entstehen zukunftsweisende Technologien, Produkte und Anwendungen. Gleichzeitig gibt der Schutz des geistigen Eigentums den verlässlichen Rahmen, in dem Innovationen wie beispielsweise neue Impfstoffe und Medikamente entstehen, die dann auch ihren Weg in den Versorgungsalltag finden.“

Aylin Tüzel, Vorsitzende der Geschäftsführung Pfizer Deutschland



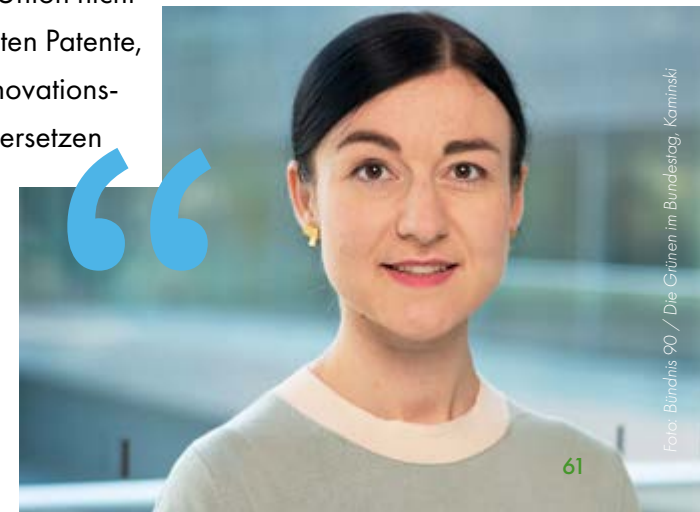
” Wir alle stehen unter dem Eindruck der Pandemie, die weltweit soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Spuren hinterlassen hat. Es gibt aber auch mehr Partnerschaft der Player im Gesundheitswesen: Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Start-ups, Industrie, Behörden und Politik haben sich intensiviert und sind proaktiver geworden. Auch das Bewusstsein für das Potenzial von Innovationen wie die der Gentechnik ist gewachsen. Insgesamt müssen wir jedoch auch cross-funktional verstärkt zusammenarbeiten. Dazu braucht es den Zugang zu anonymisierten Versorgungsdaten für die private Forschung zugunsten einer verbesserten Arzneimittelforschung und -entwicklung. Zudem bedarf es politischer

Anreize für mehr Public Private Partnerships und eine staatliche Forschungsförderung auf internationalem Wettbewerbsniveau.“

Professor Dr. Jochen Maas,
Geschäftsführer Forschung & Entwicklung der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH

” Es ist wichtig, dass wir für kommende Gesundheitskrisen und aktuell noch nicht behandelbare Erkrankungen die enorme Innovationskraft der biomedizinischen Forschung gerade auch in der Europäischen Union nicht schwächen, sondern im Gegensatz sogar noch stärken. Wir sollten Patente, die unbestritten enorme negative Auswirkungen haben, als Innovationsmotoren mittelfristig mindestens flankieren, wenn nicht sogar ersetzen durch neue Instrumente der Forschungsförderung.“

Dr. Paula Piechotta, MdB, Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen



INNOVATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

1

Das Patienteninteresse muss zur Richtschnur für Veränderungen von Versorgungsprozessen gemacht werden. Die Digitalisierung schafft hier neue Chancen, erhöht aber auch den Druck auf Veränderung. Im Sinne einer Nutzenbetrachtung für Patient:innen sollte die industrielle Forschung Zugang zu Daten erhalten können.

2

Wie wir während der Pandemie am Beispiel anderer Länder sehen konnten, verfügt die Digitalisierung über ein enormes Potential, die Gesundheitsversorgung grundlegend zu verbessern. Die Digitalisierung des deutschen Gesundheitssystems kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Akteur:innen in einem Datenraum zusammengeführt werden.

3

Der Aufbau der digitalen Gesundheitsinfrastruktur in Deutschland muss Europa-kompatibel sein. Das Ziel ist ein europäischer Datenraum, in dem die Interoperabilität der elektronischen Gesundheitsakten und Versorgungsdaten in der EU möglich ist. Nur so können künftig klinische Daten europaweit ausgetauscht und gemeinsam verarbeitet werden.

Die Notwendigkeit für die Digitalisierung des Gesundheitssystems ist durch die COVID-19-Pandemie offensichtlich geworden. Forschung und Industrie fordern verstärkt, dass die Potentiale der Digitalisierung genutzt werden. Deutschland hat in den letzten Jahren über 11 % des BIP für die Gesundheitsversorgung ausgegeben, hinkt jedoch im internationalen Vergleich bei einer Digitalisierung des Gesundheitssystems eindeutig hinterher. Dabei ist die Relevanz für die Erhebung von Gesundheitsdaten zur Verbesserung der wissenschaftlichen

Forschung auch hier angekommen und wurde sogar schon im DVG festgehalten. Allerdings gilt dies nicht für die industrielle Forschung. Den Zugang zu der Sekundärnutzung von Gesundheitsdaten auch der industriellen Gesundheitswirtschaft zu ermöglichen, wäre ein weiterer Schritt in Richtung Innovationsoffenheit in Deutschland und könnte die Gesundheitsversorgung stärken.

Innovative Gesundheitswirtschaft

Die Notwendigkeit für die Digitalisierung des Gesundheitssystems ist durch die COVID-19-Pandemie offensichtlich geworden. Forschung und Industrie fordern verstärkt, dass die Potentiale der Digitalisierung genutzt werden.

Die Medizintechnikunternehmen, die Arzneimittelhersteller und die Biotechnologie-Industrie konnten während der Pandemie beweisen, welche Relevanz sie im heutigen Kontext für die weltweite Gesundheit haben. Außerdem konnte der Blick nach Israel verdeutlichen, dass eine soziale und transparente Verwertung von Patientendaten von der Industrie von großem Nutzen für die Evaluierung von Wirkung und Nutzen sein kann. Die Innovationskraft der industriellen Forschung sollte daher nicht vernachlässigt werden.

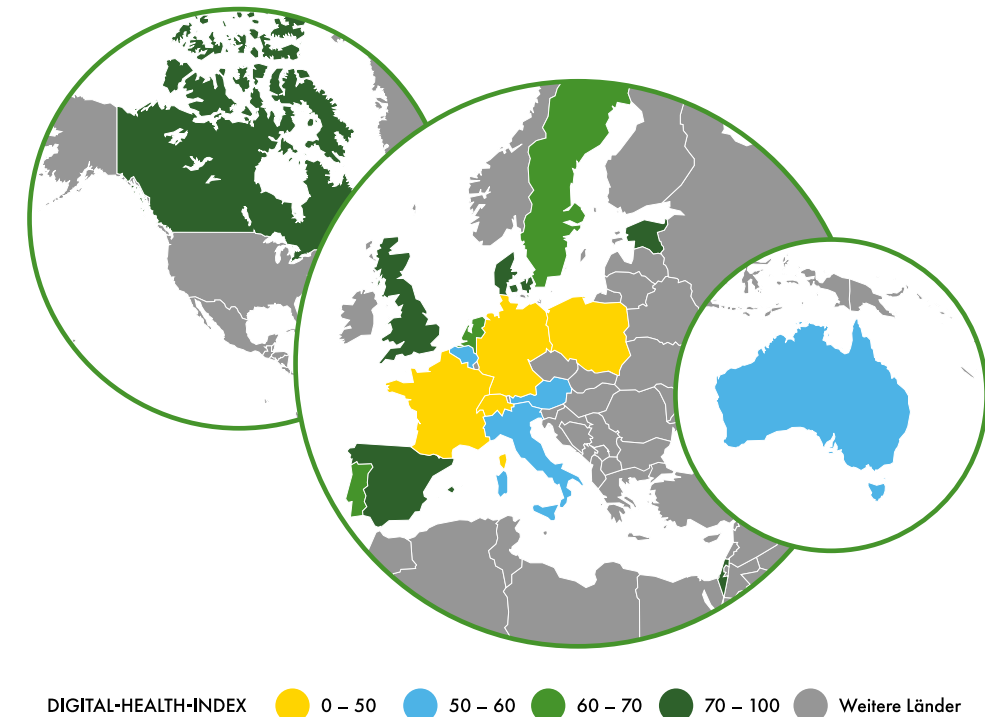


Ziel muss es sein, die Digitalisierung unseres Gesundheitssystems voranzutreiben, Hindernisse zu erkennen und gemeinsam mit allen Akteur:innen zu überwinden. Dabei muss die Gesundheitspolitik keineswegs neu erfunden werden, es müssen nur nachhaltige Lösungen für die Schwächen gefunden und das System weiter ausgebaut werden.

Im Fachforum Innovation und gute Gesundheit stand das Thema „Datenschutz und Datennutzung“ mehrfach im Fokus der Sitzungen. Einigkeit herrschte: Digitalisierung darf nicht als Selbstzweck angesehen werden, sondern vielmehr als Wegweiser zu einer besseren Gesundheitsversorgung. Oberster Zweck dabei ist immer das Wohl des gegenwärtigen und aller zukünftigen Patient:innen. Als Ergebnis der zahlreichen Gespräche entstand das Thesenpapier „Digitalisierung muss dem Menschen dienen“.

Digital-Health-Index in 17 Ländern #SmartHealthSystems

Quelle: Bertelsmann Stiftung



AUSBLICK

Auch 2022 steht das Thema Digitalisierung ganz oben auf unserer Agenda. In mehreren Brainstormings und gemeinsamen Gesprächen mit der Politik wird herausgearbeitet, wie der Digitalisierung des deutschen Gesundheitssystems Anschub gegeben werden kann. Folgende Schwerpunkte sind dabei vorgesehen:

- Datenschutz zeitgemäß denken. Wir benötigen eine einheitliche Datenschutzstruktur und ein wirksames Datensicherheitskonzept.
- Intersektorale Interoperabilität im Gesundheitssystem.
- Gemeinsames Handeln für eine bessere Gesundheitsversorgung. Wir benötigen ein Gesundheitssystem der Integration und nicht der Fragmentation.

INNOVATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„DAMALS „FARBE & CHEMIE“ – HEUTE „BIO- UND GENTECHNOLOGIE“

Die Trendwende im Klimaschutz kann nur mit der Wirtschaft gelingen. Mit über einer Million Beschäftigten zählt die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) zu einem von Deutschlands größten Wirtschaftsbereichen. Die iGW als Stabilitätsanker, Leitindustrie des 21. Jahrhunderts und Wachstumsmarkt Deutschlands, hat das Potential die Trendwende im Klimaschutz maßgeblich positiv mitzugestalten. Wir gehen diesen Weg konsequent mit und handeln aus Überzeugung ökologisch Nachhaltig: Für Mensch und Erde; aus Verantwortung gegenüber kommender Generationen.

Prof. Dr. Hagen Pfundner, General Manager, Roche Pharma AG



„ In der Pandemie haben wir gelernt, digitale Gesundheit als essenzielle Säule der Gesundheitsversorgung zu verstehen, die längst nicht mehr wegzudenken ist. Digitale Versorgung ist für Menschen rund um die Uhr erreichbar und kann ihnen genau dort helfen, wo sie gerade sind. Künftig werden wir durch Künstliche Intelligenz und digitale Lösungen stark personalisierte Versorgungsangebote sehen, die Menschen nicht nur beim Auskurieren und Behandeln von Krankheiten unterstützen, sondern ihnen auch verstärkt dabei helfen, langfristig gesund zu bleiben. Aus meiner Sicht müssen wir die immensen Vorteile von digitaler Versorgung in Deutschland noch stärker nutzen und auch systemisch an den richtigen Stellschrauben drehen, damit das volle Potential für Prävention, Diagnose und Therapie ausgeschöpft werden kann.“

Daniel Nathrath, CEO und Mitgründer von Ada Health und Vorstandsvorsitzender des Spitzenverbands Digitale Gesundheitsversorgung (SVDGV)

„ Die Gesundheitspolitik der letzten Jahrzehnte hat mit Hilfe der guten wirtschaftlichen Lage alle Konflikte mit Geld übertüncht, statt für nachhaltig tragfähige Versorgungsstrukturen zu sorgen. Aufgrund der Pandemie und des Krieges in der Ukraine hat sich die Perspektive gedreht. In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung drohen Milliardendefizite. Zugleich wachsen durch den demografischen Wandel die Anforderungen an die Versorgung. Darum brauchen wir eine stabile und nachhaltige Finanzierung, die eine verlässliche Versorgung dauerhaft sichert und Raum für dringend notwendige Struktur-reformen schafft. Das wird die neue Regierung unter grüner Beteiligung durch die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen und moderate Beitragsanhebungen erreichen. Auf mittlere Sicht wird auch die Bürgerversicherung wieder ein Thema werden.“

Maria Klein-Schmeink, MdB, Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen



Foto: Paul Mezdorf

MODERNES REGIEREN

1

Die Abhängigkeit von externen Dienstleistern in Hinblick auf Infrastruktur und digitale Dienste bedroht die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung. Daher muss die Verwendung von Open Source Technologien gefördert und gewährleistet werden, dass kein bestimmter Dienstleister bevorzugt wird, sondern innovationsfördernder Wettbewerb stattfinden kann.

2

Behördliche Arbeitsweisen und Verwaltungskultur bedürfen eines Updates: Starre Hierarchien und die Arbeit in „Silos“ stehen zügigen Entscheidungen und schneller Umsetzung von Planungen im Weg. Ein Umdenken hin zu Agilität und Kooperation in Projektteams zeichnet innovative Verwaltung aus, die darüber hinaus eine neue Fehlerkultur entwickeln und Übernahme von Verantwortung stärken muss.

3

Grundlage jedes Modernisierungsprozesses muss sein, dass ein **rechtlicher Rahmen für die interne Digitalisierung in den Behörden** geschaffen wird. Elektronische Aktenführung sowie die vollständige elektronische Vorgangsbearbeitung sind mittlerweile unverzichtbar geworden, auch um Mitarbeiter:innen Home Office und flexiblere Formen von „new work“ zu ermöglichen und gleichzeitig Planungs- und Genehmigungsvorgänge zu beschleunigen.

Digitale Disruptionen und gesellschaftlicher Wandel erfordern einen Staat, der in der Lage ist, zielgerichtet, effizient und transparent zu handeln. Die neue Bundesregierung hat anerkannt, dass die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung höchste Priorität hat: Im Koalitionsvertrag steht der Absatz „Moderner Staat“ an prominenter erster Stelle, „Modernisierung“ und „Digitalisierung“ sind Schlüsselbegriffe.

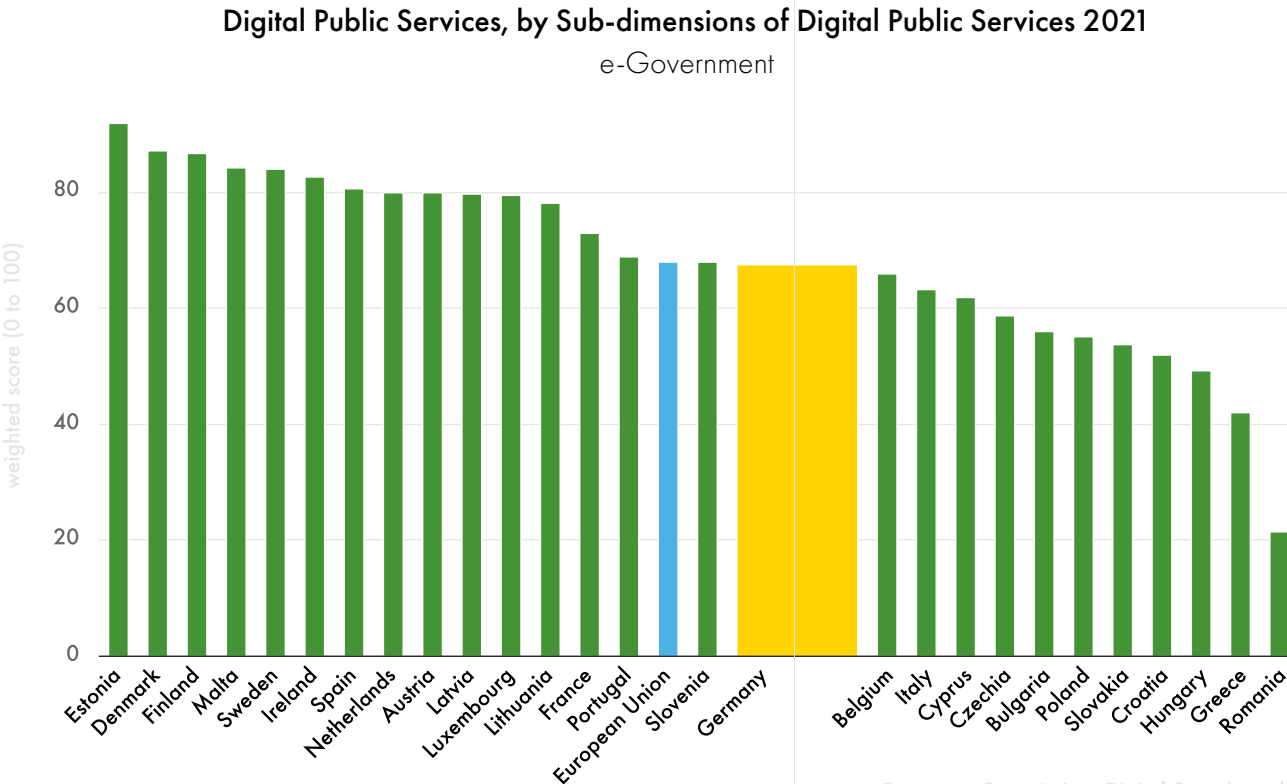
Der Druck ist groß: Nur wenn der öffentliche Sektor mit der Geschwindigkeit der Digitalisierung mithalten kann, werden die drängendsten Herausforderungen des Jahrzehnts, wie eine erfolgreiche Energiewende und umfassender Klimaschutz, aber auch die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland, zu bewältigen sein.

Modernes Regieren

Im August 2021 fand die Auftaktveranstaltung des Fachforums Modernes Regieren statt, in dessen Rahmen ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet wurde. In acht Thesen wurde hier dargelegt, bei welchen Teilaspekten der digitalen Transformation besonderer Handlungsbedarf gegeben ist, um den Anforderungen von „Good Governance“ gerecht zu werden.

EIN BEITRAG ZUM GUTEN REGIEREN

Alle Beteiligten waren sich einig: Die Modernisierung des öffentlichen Sektors muss auf der digitalen Transformation beruhen. Diese soll jedoch keinem Selbstzweck dienen: Es geht nicht darum, jeden Verwaltungsschritt einfach digital abzubilden. Stattdessen müssen neue, vernetzte Strukturen geschaffen werden, agile Zusammenarbeit ermöglicht und vor allem Ressourcen effizienter eingesetzt werden.



European Commission, Digital Scoreboard

Quelle: digital-agenda-data.eu

Ziel ist es, eine Architektur der beschleunigten Planung und zielgenauer, offener Entscheidungsfindung zu schaffen, die Kooperation und Koproduktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft fördert.

Gleichzeitig ist der Digitalisierungsgrad einzelner Verwaltungsschritte innerhalb einzelner Behörden sowie auf kommunaler Ebene unterschiedlich weit vorangeschritten. Vor allem im ländlichen Raum müssen digitale Verwaltungsangebote zu einer positiven Entwicklung der Lebensverhältnisse beitragen.

AUSBLICK

Die Pläne der neuen Bundesregierung scheinen in die richtige Richtung zu weisen: Die öffentliche Verwaltung soll grundlegend modernisiert werden, um insbesondere in Krisenzeiten vorausschauend und effizient agieren zu können. Vor allem bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) müssen Bund und Länder einen enormen Rückstand wettmachen: Ende des Jahres soll eine Vielzahl an Verwaltungsdienstleistungen online zugänglich sein. Außerdem steht für den G7-Vorsitz, den Deutschland 2022 übernimmt, Digitalisierung als zentrales Thema auf der Agenda. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, hier ein starkes Signal für offene Standards und Diversität, für digitale Innovationen sowie für unternehmerische und gesellschaftliche Initiativen zu setzen. Den Vorsitz im Rat der Europäischen Union hat wiederum Frankreich zum Jahreswechsel übernommen. Auf EU-Ebene soll neben dem Abschluss der Verhandlungen zum Digital

Services Act (DSA) bzw. Digital Markets Act (DMA) insbesondere das Thema Digitale Souveränität eine hohe Priorität bekommen, das unter anderem Datenschutzfragen und die Entwicklung Künstlicher Intelligenz beinhaltet.



MODERNES REGIEREN

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„Für eine erfolgreiche digitale Transformation in den Behörden bedarf es auch einer Veränderung der Verwaltungskultur: Es muss mehr Offenheit entstehen, sich auszuprobieren, Fehler zu machen und aus diesen zu lernen. Ein grundlegender Bestandteil der Veränderung muss die Schaffung zukunftssicherer, agiler Strukturen sein, damit Mitarbeiter:innen fachübergreifend und lösungsorientiert arbeiten können. Auch Unternehmen haben sich nicht von heute auf morgen umgestellt. Niemand kann den Behörden die Frage beantworten, wie ihre digitale Zukunft aussehen wird, diesen Weg müssen sie selber gehen.“

Hartmut König, CTO Central Europe, Adobe Systems GmbH



„Digitalisierung in der Verwaltung wurde in der Vergangenheit viel zu sehr nur als Frage der Werkzeuge diskutiert: Glasfaserausbau, elektronische Akte und sonstige Tools. Aber eigentlich geht es hier doch um den Umbau hin zu einer produkt- und lieferorientierten Organisation, die elektronische Prozesse nicht nur anbietet, sondern selbst weiterentwickelt und zur Beschleunigung der Entwicklung hin zu einer datengetriebenen Verwaltung verwendet. Digitalisierung bedeutet ‚Daten und Prozesse‘, nicht ‚IT und Systeme‘.“

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, Bündnis 90 / Die Grünen (2018 – 2022)

„Leider bringen große Initiativen zur Digitalisierung der Verwaltung häufig nicht die gewünschten Erfolge. Dabei mangelt es in den meisten Fällen weniger am Budget als am Fokus auf Wirkungsorientierung. Es sollte stärker evaluiert werden, ob Dienstleistungen von Verbrauchern auch angenommen und genutzt werden. Oft werden Projekte als umgesetzt abgehakt, aber ihr tatsächlicher Impact danach nicht mehr bewertet oder hinterfragt. So wie Unternehmen von Quartalszahlen und KPIs leben, hilft es sicherlich auch der Verwaltung, ihren Erfolg messbar zu machen.“

Thomas Langkabel, National Technology Officer, Microsoft Deutschland GmbH



SECURITY & DEFENCE



Primat der Politik fortentwickeln: Die sicherheitspolitischen Akteur:innen in Deutschland und der EU sind aufgefordert, den Primat der Politik durch politischen Gestaltungswillen handlungsleitend und nachvollziehbar für die Industrie zu gestalten.



Europäische Ansätze verfolgen: Um die europäische Handlungsfähigkeit im Kontext der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewährleisten zu können, gilt es europäische Strukturen gesamtgesellschaftlich und krisenresilient auszubauen.



Demokratische Grundsätze stärken: Die Verfestigung demokratischer Werte, verstanden als fortschreitende wertorientierte Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der EU, hängt zwangsläufig auch von transparenten Entscheidungen der europäischen Rüstungskooperation ab.

In der neuen Legislaturperiode steht die Bundesregierung, im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich vor zwei zentralen Herausforderungen:

Erstens gilt es sich der Frage zu stellen, wie die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr angesichts der finanziellen Überplanung nachhaltig gesichert werden kann. Dies gilt besonders für den Digitalisierungsgrad der einzelnen Verbände als auch die Einsatzbereitschaft zentraler Systeme, die unter schwerfälligen Beschaffungsprozessen leiden. Hier bedarf es innovativer Lösungsansätze, um den Ambitionen und Erwartungen der Politik an die Streitkräfte gerecht zu werden.

Zweitens stellt sich die Frage, welche Rolle die industrielle Basis in Deutschland und Europa bei der Gewährleistung der Handlungsfähigkeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielt. Um den bisherigen Status quo in Europa zu überwinden, sind klare politische Zielvorstellungen nötig, welche gegenüber europäischen als auch NATO-Partnern klar kommuniziert und mit industriepolitischen Maßnahmen gefestigt werden müssen.

Die Rolle der Politik wird für die neue Bundesregierung und das Parlament darin liegen, einen neuen politischen Gestaltungswillen in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu prägen. Ziel sollte es dabei sein, Transparenz für bisherige strategische Partner sowie Planungssicherheit für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu schaffen, welche bis dato in großen Teilen fehlen.



Gemeinsam mit Entscheidungsträger:innen der Grünen und Vertreter:innen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hat sich das GWD-Fachforum im Rahmen von Themenfeldsessions sowohl mit den Fragen der Europäischen Rüstungskooperation als auch mit der Ressourcensicherheit und den Lieferketten auseinandergesetzt. Zentrale Impulse mit Blick auf den Bereich der Rüstungskooperation sind die stärkere administrative Unterstützung bestehender Angebote auf EU- und NATO-Ebene durch zuständige Ministerien in Deutschland.

Zudem gilt es bilaterale Kooperationen mit ausgewählten EU- und NATO-Partnern weiter zu fokussieren. Weitere Impulse mit Blick auf eine krisenresiliente Strategie zur Ressourcensicherheit, die wir aus den Veranstaltungen ableiten konnten, sind die Gründung eines nationalen Systems zur Erfassung und Sicherung sowie dem Recycling sicherheitsrelevanter Güter (Bsp. Lithium, Rhenium, Kobalt etc.); darüber hinaus die Schaffung von Depots, die über bisherige Treibstoffvorräte hinausgehen. Beide Maßnahmen gilt es mittelfristig in gemeinsamer Koordination mit den EU- und NATO-Partnern zu organisieren.

AUSBLICK

Die Gesamtheit der bisher gesammelten Impulse wurde in einem Thesenpapier zur Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie festgehalten. Als Ergebnis der Themenfeldsessions und im Austausch mit unseren Mitgliedern bildet das Papier wichtige Impulse und dient als Grundlage für kommende Themenfeldsessions. Im Jahr 2022 richtet sich der Blick vor allem auf das von der Ministerin erneut als Fokus ausgerufenen Thema Beschaffung. Hier will der GWD erneut Impulse auf Maßnahmenebene formulieren, um die Debatte anzureichern. Des Weiteren werden die Themen Rüstungsexporte, Nachhaltigkeit und SDGs sowie Krisenresilienz eine herausgehobene Rolle spielen.

SECURITY & DEFENCE

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„Demokratie in Deutschland und der EU können wir nur dann stärken, wenn wir unsere Außen- und Sicherheitspolitik wertorientiert ausrichten. Eine effektive Kommunikation und Umsetzung demokratischer Werte wird weite Felder der internationalen Beziehungen bestimmen: von Rüstungskooperation und Handel bis zur globalen Digitalpolitik.“

Dr. Sergey Lagodinsky, MdB, Fraktion Die Grünen/EFA,
stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses,
stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
sowie im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

„Klimaschutz in den Sektoren Luftfahrt, Defence und Security sind machbar! Dafür muss man allerdings das Gegebene auch neu denken und mit modernsten Technologien eine Mischung von Realem und Virtuellem zulassen. Nur so gelingt es uns, einen substantiellen Wandel ohne Vernachlässigung von Sicherheit zu gewährleisten. Eine große Herausforderung, in der wir eine Chance für eine sichere, klimafreundliche Zukunft sehen, die der Gesellschaft nur Vorteile einbringt.“

Niels Kröning, Vice President European Strategy Defence & Security, CAE GmbH



NEUE ARBEIT/NEUE QUALIFIKATION



Die **Rahmenbedingungen für neue Arbeitsformen in der digitalen Arbeitswelt** müssen klar definiert, die digitale Kompetenz erweitert und die technische Umsetzung gefördert werden. Hierzu müssen rechtliche Regulierung von Flexibilität und innovativen Arbeitsmodellen geklärt und Unternehmen mit zielführenden Maßnahmen unterstützt werden.



Durch die stetige Transformation hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft fallen Arbeitsplätze weg, während gleichzeitig neue entstehen. Dazu bedarf es neuer Ideen und Strategien, um die **erforderliche Aus- und Weiterbildungen** zugänglicher zu gestalten.



Der Fachkräftemangel ist bereits in allen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung spürbar. Daher werden politische Maßnahmen unerlässlich, die die Rahmenbedingungen zur **zeitgemäßen Gestaltung des Arbeitsangebots** schaffen und damit den effizienten Einsatz des Arbeitskraftpotentials gewährleisten.

Spätestens seit der COVID-19-Pandemie ist klar, dass sich der Arbeitsmarkt im Aufbruch hin zu einer digitalisierten, innovativen und mobilen Arbeitswelt befindet. Die Zukunft dieser neuen Arbeitswelt ist geprägt durch eine digitale Transformation, in der digitale Kompetenz, Infrastruktur und Innovation nicht mehr wegzudenken sind. Gleichzeitig verlangen nachkommende Generationen flexible Arbeitsmodelle. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wird wichtiger – der Ruf nach Corporate Responsibility lauter.

Betrachtet man Faktoren wie die demographische Entwicklung, die Digitalisierung, die ökologische Transformation oder auch Migrationsbewegungen, so wird deutlich, dass die

Arbeitswelt schon vor der Pandemie vor signifikanten Herausforderungen stand und die bestehenden Trends teilweise nur an Geschwindigkeit und Intensität zugenommen haben.

Hieraus leitet sich ein massiver Bedarf an Novellierungen und grundlegenden Anpassungen der strukturellen und institutionellen Begebenheiten ab. Nur durch innovative, gut durchdachte Änderungen lässt sich die Zukunft der Arbeit erfolgreich gestalten. Bei der Suche nach Lösungen müssen die Bedürfnisse aller relevanten Stakeholder, also der Wirtschaftsunternehmen aller Größen, der Volkswirtschaft und der vielen Beschäftigten berücksichtigt werden. Nur so kann die ökologisch-soziale Transformation gelingen.

Neue Arbeit/ Neue Qualifikation

Gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beschäftigt sich der GWD seit nun fast zwei Jahren mit den drängenden Themen der Arbeitsmarktpolitik.



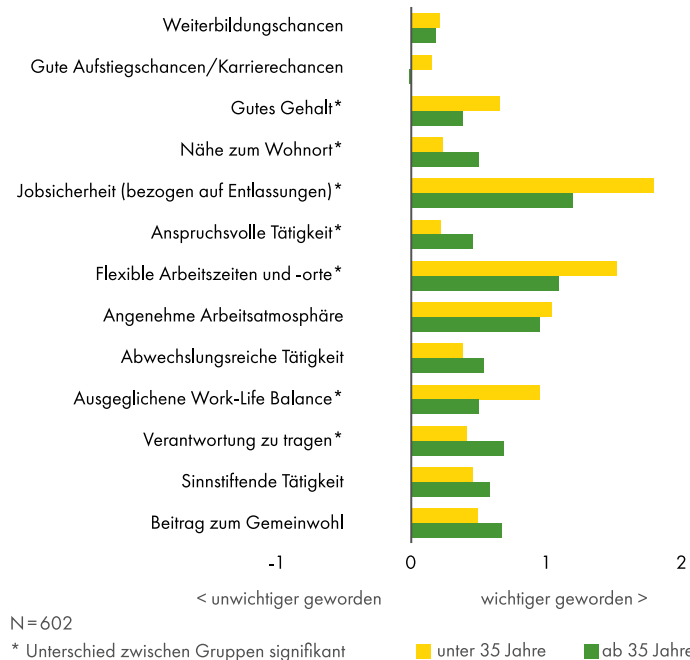
Die Positionspapiere stehen zum Download auf unserer Homepage

RÜCKBLICK UND AUSBLICK

2021 wurden zwei Positionspapiere des Fachforums veröffentlicht: Eines befasst sich mit dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und formuliert entsprechende politische Handlungsempfehlungen.

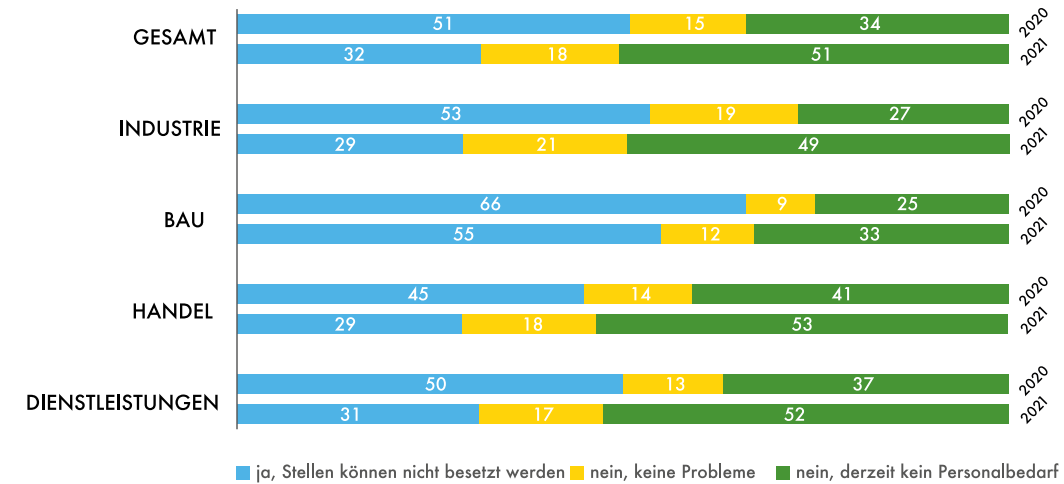
Das zweite beschäftigt sich mit den grundlegenden Herausforderungen für eine zukünftige Arbeitsmarktpolitik und schafft damit einen Einblick in die Themen der kommenden Legislaturperiode.

Änderung Arbeitgeberattribute durch COVID-19-Pandemie



Quelle: Zurück in die neue Normalität, Empirische Untersuchung, Dr. Michael Graffius, Philipp Julian Ruf, Dr. Sven Wolff, 09/2021

Können Sie in Ihrem Unternehmen derzeit offene Stellen längerfristig nicht besetzen, weil Sie keine passenden Arbeitskräfte finden? (nach Wirtschaftszweigen – in Prozent)



Quelle: DIHK-Report Fachkräftemangel 2021, Copyright: Deutsche Industrie- und Handelskammer e.V. (DIHK)

POSITIONSPAPIERE – ZUSAMMENFASSUNG

Das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ beschäftigt weit mehr als die Hälfte unserer Bevölkerung und gehört damit zu einem priorisierten politischen Handlungsfeld. Deshalb wurden wichtige Rahmenbedingungen und politische Handlungsempfehlungen formuliert. Familienbewusste und flexible Arbeitszeiten sowie Homeoffice Lösungen, Unterstützung bei der Kinderbetreuung und Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen sind unabdingbar. Es bedarf insgesamt einer höheren Flexibilität der verschiedenen Arbeitsformen.

Im zweiten Positionspapier des GWD-Fachforums „Neue Arbeit und Neue Qualifikation“ werden Teilaspekte einer angepassten Arbeitsmarktpolitik benannt, um die erfolgreiche Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt und des Wirtschaftsstandorts Deutschlands darzustellen. Das Positionspapier fokussiert auf die Problematik des Fachkräftemangels. Sinnvolle Interventionen zur Gestaltung des Arbeitsmarkts werden aufgezeigt: das Erwerbspotential von Frauen und älteren Beschäftigten ausschöpfen, bürokratische Hürden für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften abbauen, Arbeitsplätze in der Kreativwirtschaft stärken. Nicht zuletzt impliziert dies auch die Umgestaltung der Aus- und Weiterbildungspolitik – ein Thema das im kommenden Jahr in den Vordergrund rücken wird.

NEUE ARBEIT/ NEUE QUALIFIKATION

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



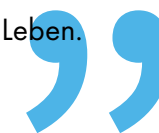
„ Die neue Regierungskoalition will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Zuschüsse für Haushaltshilfen verbessern. Neben dem Staat möchten auch viele Arbeitgeber die Vereinbarkeit ihrer Beschäftigten mit steuerbegünstigten Zuschüssen für haushaltsnahe Dienstleistungen unterstützen. Ich halte es daher für wichtig, dass mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Christian Aubry, Managing Director, Edenred



„ Zeitsouveränität ist das Gebot der Stunde und macht Unternehmen attraktiv für ihre Beschäftigten. Denn die Sorge um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige muss mit der Arbeitszeit der Beschäftigten zusammenpassen. Deshalb brauchen Frauen und Männer mehr Möglichkeiten, ihre Arbeitszeit gestalten zu können. Etwa mithilfe flexiblerer Möglichkeiten der Teilzeitarbeit, wie sie die Brückenteilzeit bietet. Die bisherigen Regelungen hier sind allerdings zu starr und zu eng und müssen daher dringend reformiert werden. Nur so passt die Arbeit künftig sowohl für Frauen als auch für Männer besser ins Leben.

Beate Müller-Gemmeke, MdB, Bündnis 90 / Die Grünen



„ Unternehmen und ihre Lenker:innen müssen ihre Rolle in der Gesellschaft immer wieder neu überdenken, ihren Purpose im Spiegel der Zeit reflektieren. So tragen Wirtschaftsvertreter:innen heute eine Mitverantwortung etwa auch für das Funktionieren unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unter dem Begriff der ‚Corporate Democratic Responsibility‘ fassen wir unser Eintreten für das politische Gemeinwesen zusammen. Es geht aus unserer Sicht Hand in Hand mit dem Einsatz für eine offene, freie und inklusive Gesellschaft. Demokratie sowie Diversität und Chancengleichheit beginnen bei jeder und jedem Einzelnen.

Claudia Oeking, Geschäftsführerin External Affairs, Philip Morris GmbH



MEDIEN-, KULTUR- & KREATIVWIRTSCHAFT

1

Die fortschreitende Digitalisierung, grundlegende Veränderungen im Marktumfeld und verändertes Nutzer:innenverhalten führen zu **tiefgreifenden Disruptionen in der Medien-, Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW)**, denen auch politisch entsprochen werden muss.

2

Die **Bruttowertschöpfung in der KKW liegt etwa auf dem Niveau des Maschinenbaus** und vor anderen Branchen wie den Finanzdienstleistungen, der Energieversorgung oder der chemischen Industrie.

3

Die KKW steht für die wirtschaftliche Dynamik einer auf Wissen und Innovation basierenden Ökonomie, die im Bereich Software- und Games-Entwicklung auch einen **fruchtbaren Boden für eine Start-up Kultur** bietet.

Am 24. Juni 2021 lud der GWD einen Kreis aus führenden Vertreterinnen und Vertretern der Medienwirtschaft ein, um über das Thema „Zwischen Nischen, Plattformen und Suchmaschinen – Wie finanziert sich guter Journalismus?“ zu diskutieren. Dabei stellte diese Veranstaltung eine doppelte Premiere dar: Zum ersten Mal lud der GWD in die exklusiven Räumlichkeiten des Kontext Mitte über den Dächern von Berlin direkt am Brandenburger Tor; vor allem aber beschäftigte sich der GWD das erste Mal mit dem Thema Medienwirtschaft und -politik. Die Zukunft von Qualitätsjournalismus und die Frage, über welche (neuen) Geschäftsmodelle dieser weiter-

hin finanziert werden kann, sind dringende Themen angesichts des tiefgreifenden Wandels, dem die Medienlandschaft durch Internet und Internationalisierung und damit das veränderte Nutzer- bzw. Kundenverhalten ausgesetzt sind. Der Wandel ist, darin waren sich schnell alle einig, nichts Schlechtes, muss aber als Herausforderung begleitet und gestaltet werden. Nur das „Wie“ ist noch nicht klar und war daher eine Grundfrage dieser Runde. So war der Abend auch eine Art Auftaktveranstaltung, der bald weitere vertiefende Dialogveranstaltungen folgen werden.

MEDIEN-, KULTUR- & KREATIVWIRTSCHAFT

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



Die Bedeutung von freien, unabhängigen Medien zeigt sich besonders in diesen krisengeschüttelten Zeiten. Die Digitalisierung hat die Medienrezeption stark beeinflusst, Desinformation gehört zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Um Pluralismus und Vielfalt abzubilden, Plattformen und Intermediäre fair zu regulieren sowie eine staatsferne Medienaufsicht und Regulierung zu gewährleisten, werden wir europäische Maßnahmen wie DSA, DMA, Media Freedom Act u.a. eng begleiten. National soll eine Bund-Länder-AG endlich die Kohärenz zwischen Bundes- und Landesrecht nicht zuletzt im Hinblick auf europäische Gesetzgebung optimieren. Mit zielgenauen Fördermodellen wollen wir zudem unsere vielfältige Kulturlandschaft erhalten, die bereits durch die COVID-19-Pandemie stark gebeutelt ist. Ein wichtiges Projekt in dieser Legislatur ist außerdem die Novellierung des Filmförderungsgesetzes, mit der das Film-Fördersystem einfacher, transparenter und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden soll.

Tabea Rößner, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Digitales,
Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen



Alle Branchen verändern sich regelmäßig. Viele Unternehmen bewältigen diesen Wandel ordentlich. Die digitale Transformation wird kein Unternehmen, insbesondere auch kein Medienunternehmen, durch Verkleinern des Angebots, durch Verringern des Marketings und durch Jammern meistern. Was unseren Erfolg ausmacht? Wir erweitern fortwährend unser Angebot, wir arbeiten hervorragend zusammen und haben großen Spaß an Neuem.

Dr. Rainer Esser, Geschäftsführer ZEIT Verlagsgruppe



Foto: Sandra Stieh



Unser Mediensystem gehört zu unserer Demokratie. Wir brauchen eine Debatte jenseits von Subventionen, wie der nichtfinanzielle Beitrag von Medien dargestellt werden kann. So wie wir erstmalig Naturkapital monetär berechnen, müssen wir das auch für unsere Medien tun.

Josef Krieg, Geschäftsführer Ideas2Communicate GmbH



ROHSTOFFE, RESSOURCEN & KREISLAUFWIRTSCHAFT



Basierend auf dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) aus dem Jahr 2012 muss die **Vermeidung, Beseitigung und Verwertung von Abfällen konsequenter umgesetzt werden**. Dabei muss der Fokus alleinig auf klimaschonenden Entsorgungsverfahren liegen.



Kreislaufwirtschaft heißt Ressourcenschonung. Dafür muss die Lebensdauer von Produkten verlängert, ressourcenschonendes Produktdesign stärker umgesetzt sowie Reparier-, Rückbau-, und Recyclingfähigkeit gewährleistet werden.



Um die Funktion und den Wert von Produkten möglichst lange im Kreislauf zu erhalten, ist eine **aktive Rolle der Politik** gefragt. Um „Downcycling“ effektiver vermeiden zu können, müssen **wirtschaftliche Anreize und standardisierende Rahmenbedingungen für Recyclingprodukte** geschaffen werden.

Die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft ist eine Kernkomponente der sozial-ökologischen Transformation der deutschen Wirtschaft. Trotz hoher Verwertungsquoten und einer starken abfallwirtschaftlichen Infrastruktur scheint Deutschland bei der Einführung kreislaufwirtschaftlicher Ansätze mehr und mehr abgehängt zu werden. Bereits 2017 rangierte Deutschland im „Material Use Rate“ Index unterhalb des EU-Durchschnitts. Als zentrales Problem ließ sich oft identifizieren, dass das Design von Produkten gar kein stoffliches Recycling zulässt.

Vor diesem Hintergrund wird der Grüne Wirtschaftsdialog das Thema Kreislaufwirtschaft in diesem Jahr stärker in den Fokus rücken. Den ersten Themenschwerpunkt wird dabei die Steigerung der Ressourceneffizienz entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Plastikverpackungen bilden. Das Strategieforum wird sich auf Plastikverpackungen im Lebensmittelbereich konzentrieren, darüber hinaus sollen auch thematische Querverbindungen (etwa zu Verbraucherverhalten und Einweg-/Mehrweg) berücksichtigt werden.

ROHSTOFFE, RESSOURCEN & KREISLAUFWIRTSCHAFT

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



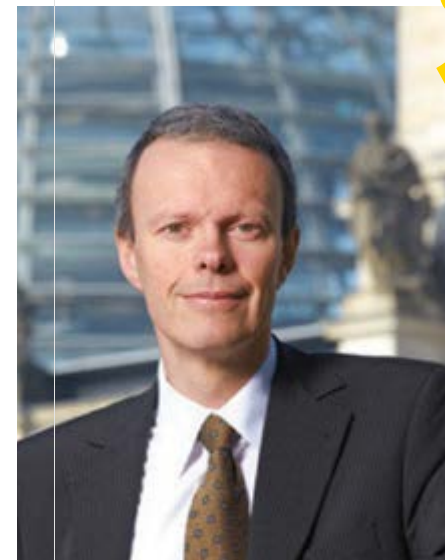
„Ressourcenschutz ist Klimaschutz. Die notwendigen Einsparungen von Treibhausgasen werden wir nur erreichen, wenn wir den Verbrauch von Rohstoffen reduzieren. Das Ziel lautet deshalb: Mit weniger und klüger genutzten Ressourcen mehr Wohlstand schaffen. Die Kreislaufwirtschaft ist dafür der Schlüssel. Ob bei Verpackungen, Gebäuden, Elektronikgeräten oder Kleidungsstücken: Überall helfen die Grundsätze reduce, reuse, recycle beim Klimaschutz. Lassen Sie uns also eine Revolution der Güterproduktion anstoßen – raus aus der Wegwerfgesellschaft, rein in die Kreislaufwirtschaft!“

Dr. Bettina Hoffmann, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz



„Mehr Umwelt- und Ressourcenschutz sowie die Einhaltung abfallrechtlicher Bestimmungen können nur gemeinsam bewältigt werden, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unternehmen sind hier genauso in der Pflicht wie die Bürger:innen. Auch der Handel, stationär wie online, weiß um seine Verantwortung; so auch die REWE Group: von der Auslistung der Plastiktüte als erster deutscher Händler bis zur umweltfreundlichen Verpackung all unserer Eigenmarken bis 2030. Aufgrund dieser Praxiserfahrungen ist es wichtig, die Anwender:innen mit ihrer Fachkenntnis möglichst frühzeitig in die politische Entscheidungsfindung einzubinden.“

Emilie Bourgoin, Leiterin Public Affairs REWE Group



„Die Kreislaufwirtschaft kann noch einen wesentlich größeren Beitrag zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung leisten – wenn der gesetzliche Rahmen dies zuließe. Einsatzquoten für Recyclingrohstoffe und eine verpflichtende ökologische Beschaffung durch die öffentliche Hand sind zwei wesentliche Hebel hierfür. Die Kreislaufwirtschaft ist ein schlagkräftiges Instrument gegen den Klimawandel und die Bevölkerung zieht mit. Denn die Verbraucherinnen und Verbraucher werden hierbei nicht gezwungen oder finanziell belastet, sondern sind davon überzeugt und engagieren sich freiwillig.“

Das sollte die Politik viel stärker nutzen.

Henning Krumrey, Leiter Unternehmenskommunikation und politische Beziehungen ALBA Group





ENTWICKLUNG
UND
AUSBLICK

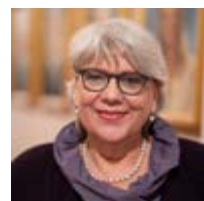
ENTWICKLUNG FINANZEN

Dank der steigenden Mitgliederzahl konnte der GWD auch im dritten Jahr ein deutliches Wachstum des beitragsfinanzierten Handlungsrahmens verbuchen. Das schaffte zum einen die Möglichkeit, das Team der Geschäftsstelle in Berlin deutlich zu vergrößern und damit das inhaltliche wie organisatorische Potential des GWD auszubauen. Zum anderen konnte u.a. der damit verbundene erhöhte Raumbedarf mit dem Bezug der Geschäftsstelle in die Dorotheenstraße abgedeckt werden.



TEAM

GESCHÄFTSFÜHRENDE VORSTÄNDIN



GABRIELE C. KLUG

GESCHÄFTSLEITUNG BERLIN*



KATHARINA KRÜGER

Leiterin
Repräsentanz Berlin



HAGEN PIETZCKER

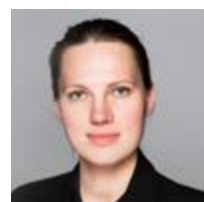
Leiter Strategische
Kommunikation und
Pressesprecher



JULIAN JOSWIG

Leiter
Programmentwicklung

TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE*



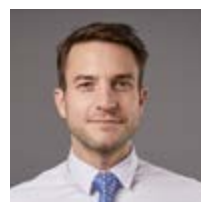
ANNA CEBOTAREVA

Referentin für
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit



ALINA KOKORINA

Büro Vorstand und
Geschäftsführung



CHRISTIAN FORSTER

Referent für
Programmentwicklung
und Koordination der
Themenreferent:innen



ESTHER WIBKIRCHEN

Büro Vorstand und
Geschäftsführung |
Referentin des
1. Vorsitzenden



JUDITH HECKENTHALER

Referentin Mitglieder-
management, Finan-
zen, Organisation

TEAM THEMENREFERENT:INNEN



DAVID AMMANN

Mobilität



PAUL BAUER

Security &
Defence



EMMA EIERMANN

Landwirtschaft &
Ernährung



CARLOTTA ESSER

Neue Arbeit/
Neue Qualifikation



MAXIMILIAN FERST

Energie,
Kreislaufwirtschaft



AGNES FUGE *(bis Juli 2021)*

Nachhaltige
Finanzen



FRIEDRICH HIPPI

Modernes Regieren,
Digitalisierung



MAJA KLOSTERMANN

Nachhaltige
Finanzen,
Kreislaufwirtschaft



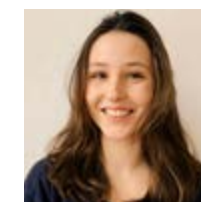
ANNA SOPHIA KÖRNER

Nachhaltige
Finanzen,
Neue Arbeit/
Neue Qualifikation



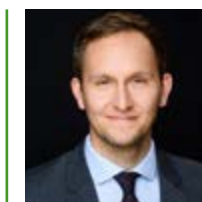
LEO KLOPFER

Mobilität,
Security & Defence



CARLOTTA WEIGEL

Innovative Gesund-
heitswirtschaft, F&I



MARCO LOTZ

Freier Mitarbeiter,
Security & Defence

ENTWICKLUNG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Im Laufe der vergangenen Jahre ist das öffentliche Interesse an der Arbeit des GWDs stetig gestiegen. Das spiegelte sich sowohl in vermehrten Presseanfragen als auch im Wachstum all unserer Kanäle wider. Insbesondere auf LinkedIn hat sich unser Netzwerk rapide erweitert. Aufgrund dieser sehr positiven Entwicklung hat der GWD im Januar 2021 den Bereich Öffentlichkeitsarbeit durch die neugeschaffene, ergänzende Position eines Pressesprechers und Leiters Strategische Kommunikation verstärkt.

Mit einer Reihe von Positions- und Thesenpapieren, welche die Ergebnisse unserer Fachforen komprimiert und strukturiert zusammenfassen, haben wir uns aktiv und konstruktiv in den öffentlichen Diskurs eingebracht. Diesen Pfad werden wir auch 2022 konsequent weiter ausbauen.

Soweit es die epidemische Lage erlaubt, werden wir in den kommenden Monaten außerdem das 2020 geschaffene Präsenz-Format GreenTeaTimeTalk wieder aufleben lassen, um den Austausch innerhalb des GWD-Mitgliederkreises weiter zu stärken und unsere Themen der Öffentlichkeit näher zu bringen.



Ausblick

Wie die Zeit verfliegt – nun ist der GWD schon ein Jahr in der Geschäftsstelle Dorotheenstraße ansässig und auch heimisch geworden. Historie, Kultur und grüne Baumkronen vor dem Fenster sind wirklich inspirierend und unterstützen das gute Arbeitsklima in unserer Organisation.

Durch unser stetiges Wachstum bei Mitgliedschaft und Budget auch im Jahr 2021 haben wir unser Team an Mitarbeiter:innen verstärken und unsere Kompetenzen deutlich ausbauen können.

Weiterhin beschäftigt der GWD Themenreferent:innen, qualifizierte Masterstudent:innen, die ihr Interesse und ihre Fähigkeiten in den Projekten einbringen. Sie sind auf elf Köpfe angewachsen, hinzu kommen freie Mitarbeiter:innen zu Fachthemen. Zusätzlich wird die Programmarbeit seit Anfang des Jahres durch einen Programmreferenten koordiniert, so dass der GWD noch größeren Nutzen aus seiner agilen Arbeit in Projektstrukturen ziehen kann, wie wir auch in bestimmten Fragen gezielt zusätzliche externe Expertise, z.B. durch Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, in Anspruch nehmen.

Dadurch sind wir noch besser in der Lage, Schwerpunkt-Arbeitsfelder (s. Grafik S. 11) umfassend aufzugreifen, vorzubereiten und Positionen zu entwickeln. Auch die Zuarbeit für den ersten Vorsitzenden und die Mitglieder-, Organisations- und Finanzverantwortung haben wir in der Geschäftsstelle auf Referent:innenebene verstärkt.

Professionalisiert haben wir ebenfalls die programmatische und kommunikative Steuerung – neben der Repräsentanz haben wir einen Presse- und Kommunikationsbereich sowie den Bereich Programmentwicklung aufgebaut und werden ihn weiter ausbauen. Damit ist seit dem 1. Februar die Geschäftsleitung Berlin des GWD komplett: Mit Katharina Krüger, Hagen Pietzcker und Julian Joswig haben wir ein hoch qualifiziertes Team zusammenstellen können.

Dieser Jahresbericht dient zugleich als Rechenschaft, in welchen Themenbereichen wir tätig waren, wofür also das Budget verwendet wurde. Ergänzend finden Sie die wichtigsten Daten über unsere Arbeit in Berlin bzw. auf Bundesebene nun auch im Lobbyregister des Deutschen Bundestages. Als Organisation, die seit ihrer Gründung dem Konzept einer transparenten und integren Interessenvermittlung verbunden ist, ist unsere Arbeit ohnehin stets im Sinne des neuen Gesetzes compliant ausgerichtet.

Wir wünschen uns, dass wir all diesen Maßnahmen Ihren Vorstellungen und Bedarfen im Dialog mit der Politik noch besser Rechnung tragen können. Für das laufende Jahr 2022 hat der Vorstand zudem eine Strategie beschlossen, die die Diversifikation der Struktur des GWD voran bringen soll: vor allem die Regionalisierung unseres Vereins, Hand in Hand mit dem noch stärkeren Aufgreifen der Belange des Mittelstandes, von Startups und des Handwerks werden dazu beitragen.

”

Ich bedanke mich für Ihr Vertrauen und wünsche uns gemeinsam eine wirksame und zielgerichtete Zusammenarbeit im Sinne unserer Vereinsziele – denn sie ist nötiger denn je: die große Transformation hin zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft!

“



GABRIELE C. KLUG

2. Vorsitzende und Geschäftsführerin des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V., Rechtsanwältin, Stadtkammerin a.D. der Stadt Köln

QUELLENVERZEICHNIS

- S. 33:** ESG global survey 2021, S. 8; Quelle: BNP Paribas Bank
<https://www.theia.org/sites/default/files/2021-09/The%20ESG%20Global%20Survey%202021.pdf> [16.03.22]
- S. 38:** Umsatzanteile für Öko-Lebensmittel nach Absatzebenen in Deutschland Stand: 09/2021 ; Quelle: Arbeitskreis Biomarkt (nach GfK-Haushaltspanel; BioVista; Kommunikationsberatung Klaus Braun; Nielsen), Veröffentlichung durch AMI ; Darstellung: LfULG
<https://www.landwirtschaft.sachsen.de/umsatzanteile-fuer-oeko-lebensmittel-nach-absatzebenen-in-deutschland-37324.html> [09.03.22]
- S. 45:** Diesel And Petrol Cars Losing Ground in the EU; Quelle: Statista, Source: ACEA
<https://www.statista.com/chart/26037/market-share-of-cars-registered-in-the-eu-by-fuel-type/> [09.03.22]
- S. 58:** Externe und interne FuE-Aufwendungen der Chemie- und Pharmaindustrie in Mrd. Euro; Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Verband der Chemischen Industrie e.V.
<https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/chiz-historisch/chemiewirtschaft-in-zahlen-2021.pdf> [09.03.22]
- S. 59:** Interne FuE-Aufwendungen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe in %, 2019; Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Verband der Chemischen Industrie e.V.
<https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/broschueren-und-faltblaetter/innovationsindikatoren-chemie-und-pharma-2021.pdf> [09.03.22]
- S. 65:** Digital-Health-Index in 17 Ländern #SmartHealthSystems; Quelle: Bertelsmann Stiftung
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/november/digitale-gesundheit-deutschland-hinkt-hinterher> [09.03.22]
- S. 70:** Digital Public Services, by Sub-dimensions of Digital Public Services 2021; Quelle: digital-agenda-data.eu
https://digital-agenda-data.eu/charts/desi-components#chart={%22indicator%22:%22desi_dps%22,%22breakdown-group%22:%22desi_dps%22,%22unit-measure%22:%22pc_desi_dps%22,%22time-period%22:%222021%22} [09.03.22]
- S. 80:** Änderung Arbeitgeberattribute durch COVID-19 Pandemie; Quelle: Zurück in die neue Normalität, Empirische Untersuchung, Dr. Michael Graffius, Philipp Julian Ruf, Dr. Sven Wolff, 09/2021
https://gruener-wirtschaftsdialog.de/wp-content/uploads/2020/11/Studie_Zurueck_in_die_neue_Normalitaet_Web.pdf [09.03.22]
- S. 81:** Können Sie in Ihrem Unternehmen derzeit offene Stellen längerfristig nicht besetzen, weil Sie keine passenden Arbeitskräfte finden?; Quelle: DIHK-Report Fachkräftemangel 2021, Copyright: Deutsche Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)
<https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/fachkraefte/beschaefigung/fachkraeftereport-2021> [09.03.22]

BILDNACHWEISE

S. 4, 8, 13, 14, 64 © Hans-Christian Plambeck Photography; S. 15: Sonja Jost © Jelka von Langen, Florian Rentsch © Beate Tschirch, Michael Vassiliadis © Helge Krückeberg; S. 22 © iStock/MihailDechev; S. 26 © iStock/goir; S. 28 © shutterstock/ako photography; S. 31 © unsplash/Wance Paleri; S. 34 © iStock/number1411; S. 36 © pixabay/Pexels; S. 41 © pixabay/fotos1992; S. 42 © unsplash/Lenny Kuhne; S. 48 © pixabay/athree23; S. 50 © pixabay/andreas160578; S. 54 © pixabay/jwwein; S. 56 © iStock/Totojang; S. 60, S. 66 © iStock/gorodenkoff; S. 61 © shutterstock/gorodenkoff; S. 68 © pixabay/adil-photos; S. 72 © shutterstock/pixelklex; S. 74 © shutterstock/idiz; S. 77 © shutterstock/TebNad; S. 78 © pixabay/Simon; S. 82 © pixabay/Hermann; S. 84 © unsplash/AbsolutVision; S. 86 © pixabay/onkelglocke; S. 88 © pixabay/markusspiske; S. 90 © pixabay/Hans; S. 92 © pixabay/susnpics

V. I. S. D. P.

Grüner Wirtschaftsdialog e.V.
Gabriele C. Klug
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin

T: +49 30 2868 3434
E: info@g-wd.de

Redaktion

Anna Cebotareva
Hagen Pietzcker

Der Grüne Wirtschaftsdialog e.V. ist registrierter Interessenvertreter und unter Registernummer R001392 im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag eingetragen. Er unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des Lobbyregistergesetzes und ist **der Transparenz und Integrität der Lobbyarbeit verbunden.**

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier („Circlesilk Premium White“) aus nachhaltiger Forstwirtschaft, zertifiziert mit EU-Ecolabel, mit Bio-Dispersionslack auf Wasserbasis. Mit mineralölfreien Druckfarben und CO₂-neutral produziert.

**Grüner Wirtschaftsdialog e.V.,
Freie und Hansestadt Hamburg**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

Berlin, den 10.06.2022

Elektronische Kopie

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Grüner Wirtschaftsdialog e.V., Freie und Hansestadt Hamburg

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss des Grüner Wirtschaftsdialog e.V., Freie und Hansestadt Hamburg – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems des Vereins abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 10.06.2022

Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Martina Schmidt
Wirtschaftsprüferin


Holger Schmidt
Wirtschaftsprüfer



Güner Wirtschaftsdialog e.V.,
Freie und Hansestadt Hamburg
Bilanz
zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020		31.12.2021	31.12.2020
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Bilanzgewinn	191.431,37	47.997,64
1. Software	1.069,00	3.637,00		191.431,37	47.997,64
	1.069,00	3.637,00	B. Rückstellungen		
II. Sachanlagen			1. Steuerrückstellung	78.145,18	18.324,32
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.981,00	4.093,00	2. sonstige Rückstellungen	31.286,00	16.753,36
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10.415,70	0,00		109.431,18	35.077,68
	17.396,70	4.093,00			
III. Finanzanlagen			D. Verbindlichkeiten		
1. Beteiligungen	50.000,00	0,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22.402,73	29.812,59
	50.000,00	0,00	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 22.402,73 (i. Vj. € 29.812,59)		
	68.465,70	7.730,00	2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.074,85	0,00
B. Umlaufvermögen			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 15.074,85 (i. Vj. € 0,00)	10.294,83	5.257,87
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. Sonstige Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.450,40	6.612,00	- davon aus Steuern € 10.294,83 (i.Vj. € 4.136,51)		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	12.822,63	592,66	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00 (i.Vj. 0,00 €)	47.772,41	35.070,46
	52.273,03	7.204,66	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 10.294,83 (i.Vj. € 5.257,87)		
II. Guthaben bei Kreditinstituten	227.387,75	103.987,65		9.000,00	4.941,61
	279.660,78	111.192,31	E. Rechnungsabgrenzungsposten		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9.508,48	4.165,08		357.634,96	123.087,39
	357.634,96	123.087,39			

**Gewinn- und Verlustrechnung Grüner Wirtschaftsdialog e.V.,
Freie und Hansestadt Hamburg
Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021**

	2021	2020
	€	€
1. Mitgliedsbeiträge		
a) Förderbeiträge	690.250,00	304.710,00
b) ordentliche Mitgliedsbeiträge	28.230,00	18.960,00
	<u>718.480,00</u>	<u>323.670,00</u>
2. Projektförderungen und sonstige Zuschüsse	4.201,68	10.000,00
3. sonstige betriebliche Erträge	1.330,47	1.795,34
	<u>724.012,15</u>	<u>335.465,34</u>
4. Veranstaltungsaufwand	39.878,30	77.245,38
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	219.131,04	61.283,41
b) Soziale Abgaben	47.249,44	12.105,60
	<u>266.380,48</u>	<u>73.389,01</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	17.862,77	5.593,25
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	188.551,01	113.586,69
	<u>211.339,59</u>	<u>65.651,01</u>
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme	8.085,00	0,00
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	59.820,86	18.324,32
10. Ergebnis nach Steuern	143.433,73	47.326,69
11. Jahresüberschuss	143.433,73	47.326,69
12. Gewinnvortrag	47.997,64	670,95
13. Bilanzgewinn	191.431,37	47.997,64

1. Allgemeine Angaben

Der Verein wurde unter der VR 23786, Amtsgericht Hamburg, aufgrund der Satzungserrichtung am 14.12.2018, in das Vereinsregister eingetragen. Sitz des Grünen Wirtschaftsdialog e.V. ist die Freie und Hansestadt Hamburg.

Der Verein hat eine Betriebsstätte in Berlin-Mitte.

Der Verein vertritt die ideellen und wirtschaftlichen Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder im Sinne einer nachhaltigen, ökologischen, innovativen und ökonomisch erfolgreichen Wirtschaftsweise, zugunsten einer erfolgreichen Wirtschaft in Deutschland, künftiger Generationen, zugunsten Europas und anderer Länder. Dazu werden Dialogforen, öffentliche Veranstaltungen, Erstellung von Publikationen sowie Forschung und Forschungsförderung durchgeführt.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021 wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften gemäß §§ 264 ff. HGB aufgestellt.

Dabei wird für die Bilanz das Gliederungsschema des § 266 Abs. 2 HGB angewendet.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt. Gemäß § 252 Abs. 2 HGB ist das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung im Hinblick auf die betrieblichen Besonderheiten und entsprechend dem Grundsatz der Klarheit um den Posten Mitgliedsbeiträge sowie Projektförderungen erweitert. Die Aufwendungen, die unmittelbar mit den Veranstaltungen zusammenhängen, werden gesondert unter dem Posten Veranstaltungsaufwand ausgewiesen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten angesetzt und werden um die planmäßigen linearen Abschreibungen nach den steuerlich normierten Sätzen vermindert.

Das Sachanlagevermögen ist mit den Anschaffungskosten angesetzt und soweit abnutzbar, um planmäßige lineare Abschreibungen nach steuerlich normierten Sätzen vermindert. Bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von € 800,00 werden im Jahr des Zugangs sofort abgeschrieben. Für ein Wirtschaftsgut (Laptop) ist die Nutzungsdauer gemäß Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 26.02.2021 auf ein Jahr verkürzt worden.

Die Finanzanlage ist mit den Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen waren nicht erforderlich.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung aller Risiken bewertet. Die Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen sind mit den Nominalwerten bewertet. Niederstwertabschreibungen waren aufgrund der Werthaltigkeit der Forderungen nicht erforderlich.

Die Rückstellungen wurden für alle ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle am Bilanzstichtag erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erwartet wird.

3. Erläuterungen

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 10 i.Vj. T€ 4) betrifft im Wesentlichen die Vorauszahlungen für Ausgaben (zwei Bahncards) vor dem Bilanzstichtag für das folgende Geschäftsjahr.

Die Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2021 €	Inanspruch nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2021 €
1. Steuerrückstellungen	18.324,32	0,00	0,00	59.820,86	78.145,18
	18.324,32	0,00	0,00	59.820,86	78.145,18
2. Sonstige Rückstellungen					
Interne Jahresabschlusserstellung	6.000,00	0,00	0,00	8.000,00	14.000,00
Steuererklärung 2020-2021	0,00	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00
Finanzbuchhaltung	300,00	300,00	0,00	3.400,00	3.400,00
Steuerliche Beratung	1.250,00	1.000,00	0,00	1.250,00	1.500,00
Jahresabschlussprüfung	3.200,00	3.200,00	0,00	3.350,00	3.350,00
Berufsgenossenschaft	0,00	0,00	0,00	1.000,00	1.000,00
Künstlersozialkasse	500,00	0,00	0,00	0,00	500,00
Urlaubsrückstellung/Mehrarbeit	5.503,36	5.503,36	0,00	5.536,00	5.536,00
	16.753,36	10.003,36	0,00	24.536,00	31.286,00
	35.077,68	10.003,36	0,00	84.356,86	109.431,18

Sämtliche Verbindlichkeiten (T€ 48; Vorjahr T€ 35) sind mit den Rückzahlungsbeträgen bewertet und haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Die Mitgliedsbeiträge (T€ 719; i.Vj. T€ 324) betreffen ordentliche Mitglieder und Fördermitglieder. Die Erlöse aus Projektförderung (T€ 4; i.Vj. T€ 10) betreffen ein Projekt.

Der Veranstaltungsaufwand (T€ 40; i.Vj. T€ 77) betrifft die Aufwendungen für die durchgeführten Veranstaltungen des Geschäftsjahres.

Der Personalaufwand (T€ 266; i.Vj. T€ 73) umfasst die Gehälter der 5,6 (i.Vj. 3,6) Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle in Berlin.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres (T€ 188; i.Vj. T€ 114) entfallen vor allem mit T€ 69 auf Vorstands- und Geschäftsführungstätigkeiten einschließlich Reisekosten, mit T€ 57 auf Mieten sowie mit T€ 15 auf IT-Aufwendungen.

Nach Steuern vom Einkommen und Ertrag (T€ 60; i. Vj. T€ 18) ist ein Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 143 (i.Vj. T€ 47) entstanden.

4. Sonstige Pflichtangaben

Vorstandsmitglieder im Sinne des § 26 BGB seit dem 14.12.2018 sind:

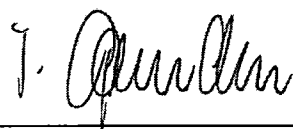
- Dr. Thomas Gambke, Strategieberater, Freie und Hansestadt Hamburg (Vorsitzender)
- RAin Gabriele C. Klug, Stadtkämmerin a.D., Frankfurt/Main. (stellvertretende Vorsitzende)

Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Jahr 2021: 5,6 (i.Vj. 3,6)

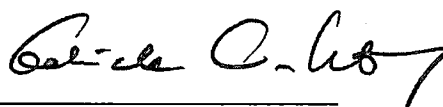
5. Gewinnverwendungsvorschlag

Es ist für das Jahr 2021 ein Jahresüberschuss von T€ 143 (im Vj. T€ 47) entstanden. Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss mit dem Gewinnvortrag zu verrechnen und den Bilanzgewinn von T€ 191 auf neue Rechnung vorzutragen.

Hamburg, 27.05.2022



(Dr. Gambke)
Vorstand



(Klug)
Vorstand

Anlage zum Anhang (Entwicklung des Anlagevermögens)

Elektronische Kopie

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			Restbuchwerte	
	01.01.2021 €	Zugänge €	31.12.2021 €	01.01.2021 €	Zugänge €	31.12.2021 €	31.12.2021 €	31.12.2020 €
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Software	7.100,00	0,00	7.100,00	3.463,00	2.668,00	6.031,00	1.069,00	3.637,00
	7.100,00	0,00	7.100,00	3.463,00	2.668,00	6.031,00	1.069,00	3.637,00
II. Sachanlagen								
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.618,43	18.182,77	27.801,20	5.525,43	15.294,77	20.820,20	6.981,00	4.093,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	10.415,70	10.415,70	0,00	0,00	0,00	10.415,70	0,00
	9.618,43	28.598,47	38.216,90	5.525,43	15.294,77	20.820,20	17.396,70	4.093,00
	16.718,43	28.598,47	45.316,90	8.988,43	17.862,77	26.851,20	18.465,70	7.730,00
III. Finanzanlagen								
1. Beteiligungen	0,00	50.000,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00
	16.718,43	78.598,47	95.316,90	8.988,43	17.862,77	26.851,20	68.465,70	7.730,00

Elektronische Kopie